

# Amberg im 19. Jahrhundert: Bürgermeister und Modernisierung 1870 bis 1914<sup>1</sup>

Von Manfred Krapf

## *Abriß der Geschichte der Stadt*

Amberg, die alte Hauptstadt der Oberpfalz, wurde 1034 erstmals in einer Urkunde König Konrads II. für den Bischof von Bamberg erwähnt.<sup>2</sup> Eine hervorgehobene Bedeutung erlangte die Stadt im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit, nachdem sie 1329 infolge des wittelsbachischen Hausvertrages von Pavia an die pfälzischen Kurfürsten abgetreten worden war. Seit 1338 fungierte Amberg als ständige Residenz der Kurfürsten bzw. ihrer Statthalter für die Oberpfalz. Diese Stellung als Regierungssitz wurde durch die Abtretung der Oberpfalz an Bayern im Jahre 1623 eingeschränkt. Als im Jahre 1810 die Hauptstadt der Oberpfalz nach Regensburg verlegt wurde, büßte Amberg seinen politischen Stellenwert endgültig ein.

Erst der Bau der ersten oberpfälzischen Eisenbahn von Nürnberg über Amberg und Schwandorf nach Regensburg 1859 und die einsetzende Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachten der Stadt einen neuerlichen Aufschwung. Amberg stieg zur am stärksten industrialisierten Stadt in der Oberpfalz auf und verdoppelte bis 1910 seine Einwohnerschaft. Allerdings erfolgte die damit verbundene notwendige Modernisierung der städtischen Infrastruktur auch wegen der begrenzten Finanzmittel nur zögernd.

Seit dem Ende des 14. Jahrhunderts besaß Amberg eine umfassende Stadtmauer, die erste Befestigung geht wahrscheinlich auf die Mitte des 13. Jahrhunderts zurück.<sup>3</sup> 1326 erfolgte eine große Stadterweiterung, wodurch größere freie Flächen innerhalb der Mauer Aufnahme fanden.

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz ist ein leicht überarbeiteter Abschnitt aus einer größeren Arbeit, die acht ausgewählte bayerische Mittelstädte unter der genannten Fragestellung untersucht, vgl. Manfred Krapf, *Entwicklung und Verwaltung bayerischer Städte zwischen 1870 und 1914* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 116), München 1998; vgl. auch ders., *Kommunalpolitik und Urbanisierung in den fränkischen Städten Fürth, Hof und Bayreuth*, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 57 (1997) S. 229–286; ders., *Landshut im 19. Jahrhundert: Bürgermeister und Modernisierung 1870 bis 1914*, in: *Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern* 120/121 (1994/1995) S. 169–205; ders., *Bamberg im 19. Jahrhundert: Bürgermeister und Modernisierung 1870 bis 1914*, in: *Bericht des Historischen Vereins Bamberg* 132 (1996) S. 141–187.

<sup>2</sup> Vgl. zum folgenden knappen Abriß Georg Rapp, *Geschichtliche Mittheilungen über die Stadt Amberg und ihre Nachbarstädte mit besonderer Rücksichtnahme auf deren Handel und Erwerbsquellen*, Amberg 1881, S. 1 ff.; vgl. auch die verschiedenen Beiträge in: *Amberg 1034–1984. Aus tausend Jahren Stadtgeschichte. Ausstellungskatalog des Staatsarchivs Amberg und der Stadt Amberg in den Rathaussälen zu Amberg aus Anlaß der 950-Jahrfeier der Stadt Amberg*, Amberg 1984.

<sup>3</sup> Vgl. zum Folgenden Ernst Herrmann, *Stadtgrundriß und Stadtbild als Quellen der Stadtgeschichte*, in: *Amberg 1034–1984* (siehe Anm. 2), S. 351 ff., v. a. S. 361 f.

## Die Bevölkerungsentwicklung

Im Jahre 1871 nahm Amberg mit 11 688 Einwohnern den 17. Rang unter Bayerns Städten ein, 1910, am Ende des hier interessierenden Zeitraumes, war es auf die 14. Stelle vorgerückt.<sup>4</sup> Amberg konnte Landshut, Erlangen, Ingolstadt, Ansbach, Passau und Speyer überholen, während es selbst von Ludwigshafen, Pirmasens und Aschaffenburg übertroffen wurde. Die ehemalige Hauptstadt der Oberpfalz konnte somit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs ihre Bevölkerung verdoppeln:<sup>5</sup>

	Einwohnerzahl	Zuwachs in Prozent
1818:	6 807	–
1855:	10 833	59,14
1871:	11 688	7,89
1875:	13 380	14,47
1880:	14 583	8,99
1885:	15 812	8,42
1890:	19 126	20,95
1895:	20 200	5,61
1900:	22 039	9,10
1905:	24 303	10,27
1910:	25 242	3,86

Den größten Zuwachs erlebte Amberg demzufolge in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, aber auch von 1870 bis 1875 sowie von 1900 bis 1905 konnten überdurchschnittliche Werte erzielt werden, der wirtschaftliche Aufschwung seit den 1880er Jahren spielte wohl die ausschlaggebende Rolle.<sup>6</sup> Im Vergleich mit den anderen unmittelbaren Städten der Oberpfalz hatte Amberg im Verlauf des 19. Jahrhunderts die größten Steigerungsraten:<sup>7</sup>

	Zuwachsraten in Prozent	
	1811/12–1910	1855–1910
<i>Amberg:</i>	288,8	133,0
Neumarkt:	156,6	67,3
Regensburg:	178,2	104,0

<sup>4</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern, hg. v. Kgl. Statistischen Landesamt, Jahrgang 11 (1911), München 1911, S. 18.

<sup>5</sup> Vgl. zur folgenden Tabelle Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 69 (1912), München 1912, S. 53; Heinrich Klinger, Die Bevölkerungsbewegung der Stadt Amberg bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert, Diss. Regensburg 1969, ungedruckt, S. 122 ff.; Verwaltungsberichte des Stadtmagistrats der Stadt Amberg 1870 ff. (zukünftig: Verwaltungsbericht), dort die Ergebnisse der alle fünf Jahre durchgeführten Volkszählungen. Die Zahlen beinhalten auch die in der Stadt anwesenden Militärpersonen sowie die Insassen der Gefangenenanstalt, 1890 waren beispielsweise 1493 Militärpersonen anwesend.

<sup>6</sup> Allein in den fünf Jahren von 1885 bis 1890 erreichte die Stadt einen fast so hohen Zuwachs wie von 1840 bis 1885, vgl. Albert Kiefer, Die Veränderungen der Volksdichtigkeit im Königreich Bayern von 1840 bis 1895, Diss. Erlangen 1902, S. 80.

<sup>7</sup> Vgl. Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 69 (1912) S. 263.

Die Bevölkerungszunahme Ambergs resultierte vor allem aus den Zuwanderungen und in geringerem Maße aus dem Geburtenüberschuß. Im Jahre 1900 waren 58,2 % der Einwohnerschaft nicht hier geboren.<sup>8</sup> Von den 22 039 Einwohnern waren 8656 in Amberg geboren, 2611 im übrigen Nordbayern, 10 109 in Südbayern, 108 in der Pfalz und 555 außerhalb Bayerns. Die weit überwiegende Zahl der Zuwanderer stammte aus den umliegenden Bezirksämtern, Fernwanderungen spielten demzufolge keine Rolle. Von den im Jahre 1900 12828 aus Bayern in die Stadt zugewanderten Personen kamen 11 913 aus Bezirksämtern und lediglich 915 aus anderen unmittelbaren Städten. Wie die übrige Oberpfalz war auch Amberg von nicht unerheblichen Abwanderungen betroffen, wobei die deutliche Mehrheit der Abwanderer in die unmittelbaren Städte, insbesondere in die Großstädte München und Nürnberg, zog.<sup>9</sup> Eingemeindungen, welche die Einwohnerschaft vermehrt hätten, fanden im hier interessierenden Zeitraum nicht statt.

Wie in der gesamten Oberpfalz herrschte auch in Amberg bis nach 1900 eine erhebliche Säuglingssterblichkeit (= Todesfälle im ersten Lebensjahr). Diese betrug 1868/89 29,6 % (auf 100 Lebendgeborene) und im Jahre 1910 befand sich Amberg mit einer Säuglingssterblichkeitsrate von 24,0 % an achter Stelle unter den unmittelbaren Städten Bayerns.<sup>10</sup> Diese verhältnismäßig hohen Werte verringerten sich seit den 1870er Jahren aufgrund der sanitär-hygienischen Mißstände in der Stadt sowie dem weit verbreiteten Nichtstillen der Neugeborenen nur zögernd:

Säuglingssterblichkeit (in Prozent der Lebendgeborenen)

1878–1885:	27,5
1886–1900:	29,4
1901–1905:	31,2 <sup>11</sup>
1906–1910:	27,1

Die Stadtverwaltung entwickelte angesichts dieser bedenklichen Zustände dennoch zunächst keine größeren Aktivitäten. Die wichtige Neukanalisation Ambergs wurde wegen der hohen Kosten immer wieder verschoben und auch zur unmittelbaren Säuglingsfürsorge leistete man keine nennenswerten finanziellen Beiträge.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> Vgl. zu den folgenden Zahlenangaben Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 69 (1912) S. 80, S. 169, S. 186.

<sup>9</sup> Vgl. zur Abwanderung nach München und Nürnberg Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 69 (1912) S. 192.

<sup>10</sup> Vgl. Zeitschrift des Kgl. Bayerischen Statistischen Bureaus 2 (1870) S. 220 und Zeitschrift des Kgl. Bayerischen Statistischen Landesamtes (zukünftig: ZBSL) 44 (1912) S. 282, S. 320 (zur folgenden Tabelle). Unter den bayerischen Mittelstädten wies lediglich Landshut noch höhere Werte auf. Amberg rangierte im übrigen knapp unter dem oberpfälzischen Gesamtwert von 24,9 % im Jahre 1910, vgl. zur Säuglingssterblichkeit in Amberg und der Oberpfalz auch Karl Waller, Die Sterblichkeit der Stadt Amberg (Opf.) in den Jahren 1700–1914, Diss. München 1939, S. 21 ff.; Gerhard Müller, Arbeiterleben und Arbeiterbewegung in der Oberpfalz 1848–1919 (Schriftenreihe des Bergbau- und Industriemuseums Ostbayern 15), Theuern 1988, S. 94 ff.

<sup>11</sup> 1903 wurde mit 39,8 % Todesfällen der höchste Wert von 1900 bis 1914 festgestellt, vgl. die Tabellen in: Staatsarchiv Amberg (zukünftig: StAAM) Reg. d. Opf., K. d. I., Abgabe 1949, Nr. 6062.

<sup>12</sup> Vgl. StAAM Reg. d. Opf., K. d. I., Abgabe 1949, Nr. 6062. Die Regierung der Oberpfalz hoffte regelmäßig auf finanzielle Unterstützung der Säuglingsfürsorge durch den Magistrat, was aber auch nach 1900 nicht oder nur in sehr geringem Maße erfolgte.

Obwohl somit sehr ungünstige Lebensbedingungen vor allem für Neugeborene bestanden, kam es von 1870 bis 1910 mit wenigen Ausnahmen zu Geburtenüberschüssen, die allerdings für das Wachstum der Stadt von einer geringeren Bedeutung als die Zuwanderungen waren:<sup>13</sup>

	Geburten	Sterbefälle
1870:	415	310
1890:	633	546
1900:	761	696
1910:	706	478

Das Bevölkerungswachstum Ambergs im Laufe des 19. Jahrhunderts veränderte auch die konfessionellen Verhältnisse. Erst seit Anfang des 19. Jahrhunderts hatte die durch die Rekatholisierung seit 1620 durchwegs katholische Stadt wieder einen kleinen, allmählich wachsenden protestantischen Bevölkerungsteil. Eine oftmals wechselnde Beamtschaft, die ortsansässige Garnison und die steigende Zahl zugewanderter Arbeiter der großen Unternehmen waren hierfür verantwortlich. Bis 1860 wuchs die Zahl der Protestanten auf 5,7 % und bis 1910 schließlich auf 14,4 % der Einwohnerschaft.<sup>14</sup>

	Katholiken	Protestanten	Juden
1840:	7720	121	2
1871:	10910	750	25
1890:	16287	2761	78
1900:	18337	3597	101
1905:	20363	3809	100
1910:	21514	3620	108

Die berufliche Gliederung der Bevölkerung Ambergs ergibt folgendes Bild:<sup>15</sup>

	1882	1895	1907
	in Prozent		
Land-/Forstwirtschaft:	12,8	7,7	5,3
Industrie/Bergbau:	43,1	49,1	55,1
Handel-/Verkehr:	9,8	9,8	10,0
Häusl. Dienste/Lohnarbeit wechs. Art:	2,3	1,2	0,5
Staats-/Gemeinde-/und Kirchendienst:	18,5	14,3	14,7
Ohne Beruf:	13,5	17,9	14,4
Summe:	100,0	100,0	100,0

<sup>13</sup> Vgl. die Tabellen bei Waller, Sterblichkeit, S. 21 ff. und Verwaltungsbericht 1910/11, S. 5 ff. Der höchste Geburtenüberschuß wurde 1899 mit 340 Geburten erzielt. In den Jahren 1880, 1892/93 (Typhuserkrankungen wegen undichter Kanäle, da das Schmutzwasser in die Trinkwasserbrunnen eingedrungen war) und 1897 kam es zu keinem Geburtenüberschuß.

<sup>14</sup> Vgl. Werner Chrobak, Kirchengeschichte Ambergs von 1803 bis 1918, in: Amberg 1034–1984 (siehe Anm. 2), S. 303 f. Die folgende Tabelle nach Verwaltungsbericht 1900, S. 5, 1906/07, S. 5, 1910/11, S. 5.; Klinger, Bevölkerungsbewegung, S. 166, S. 168.; Michael Mayer, Bayerns Bevölkerung in konfessioneller Schichtung und Entwicklung seit den letzten hundert Jahren. 1811/12–1910, Diss. München 1917, S. 80. Die Angaben zu 1910 beinhalten auch 20 „Sonstige“.

<sup>15</sup> Errechnet nach den Angaben aus Statistik des Deutschen Reichs N. F. Band 2, S. 326 ff. (1882), N. F. Band 109, S. 443 (1895) und N. F. Band 209, S. 493 (1907). Die Angaben beinhalten

Industrie und Bergbau, vertreten vor allem durch die drei Großbetriebe des kgl. Berg- und Hüttenamtes, der kgl. Gewehrfabrik und der Emailfabrik der Gebrüder Baumann, stellten somit den größten Anteil. Die verhältnismäßig hohen Werte beim öffentlichen Dienst (Staat, Gemeinde, Kirche) waren auch eine Folge der Militäreinrichtungen in der Stadt. Einen deutlichen Rückgang erlebte die Landwirtschaft.

### *Die wirtschaftlich-industrielle Lage*

Der politische Bedeutungsverlust Ambergs seit dem Dreißigjährigen Krieg hatte auch die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinträchtigt. Erst durch den Anschluß an das wachsende Eisenbahnnetz 1859 wurden diese entscheidend verbessert.<sup>16</sup> Bereits drei Jahre nach der Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth 1835 ersuchte die Stadt König Ludwig I. um den Bau einer Bahn. Amberg wurde „zum eigentlichen Vorkämpfer für ein oberpfälzisches Eisenbahnnetz, in dessen Mittelpunkt die alte Provinzialhauptstadt stehen sollte“<sup>17</sup>. Ungeachtet der vielfältigen Bemühungen geriet Amberg aber allmählich beim Eisenbahnbau ins Hintertreffen. Es dauerte bis zum 18. Dezember 1859, bevor der erste Zug der Ostbahn von Nürnberg nach Amberg und von dort weiter nach Schwandorf, Regensburg und München fahren konnte.

Weitere Versuche, Amberg zu einem Eisenbahnknotenpunkt auszubauen, scheiterten letztendlich. Eine Verbindung von Amberg nach Regensburg durch das Vils- und Naabtal kam ebensowenig wie eine Linie nach Bayreuth zustande.<sup>18</sup> Besonders durch die am 1. Juli 1873 eröffnete Bahn Nürnberg-Neumarkt-Regensburg wurde Ambergs Stellung als Eisenbahnmittelpunkt beeinträchtigt, da der bisher von Nürnberg über Amberg nach Regensburg laufende Verkehr über die neue Linie umgeleitet wurde.<sup>19</sup> 1879 wurde ein Gesuch der Stadt für den Bau einer Bahn von Neumarkt über Amberg nach Weiden nicht weiter berücksichtigt.<sup>20</sup> Amberg war somit zum „Hauptverlierer dieser Eisenbahnentwicklung in der Oberpfalz“<sup>21</sup> geworden und büßte seine vormalige „Drehscheibenfunktion durch den Verlust der N-S-Verkehrsrichtung in der Zeit des Eisenbahnbaues“<sup>22</sup> ein. Die Stadt wurde lediglich zum Ausgangspunkt dreier Lokalbahnen, nämlich der für die Kaolinindustrie wichtigen Linie

die im Hauptberuf und im Nebenberuf Tätigen sowie deren Angehörige. Zu 1895 auch ZBSL 28 (1896) S. 234 ff.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Volker Nichelmann, Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung Ambergs im 19. und 20. Jahrhundert (1800–1945), in: Amberg 1034–1984 (siehe Anm. 2), S. 283 f.

<sup>17</sup> Franz Stark, Verkehrskreuz Oberpfalz – Zur Geschichte der großen Eisenbahnlinien im Kernraum einer Landschaft (Weidner Heimatkundliche Arbeiten 16), Weiden 1978, S. 43.

<sup>18</sup> Vgl. Günter Witt, Die Entstehung des nordostbayerischen Eisenbahnnetzes, Diss. Erlangen-Nürnberg 1968, ungedruckt, S. 129 ff.

<sup>19</sup> „Infolge Eröffnung der Bahn Nürnberg–Regensburg wurde der Verkehr auf der Linie Nürnberg–Schwandorf–Regensburg eingeschränkt, die Schnellzüge kamen ganz in Wegfall, wodurch die Stadt sehr geschädigt wurde“, Joseph Dollacker, Die Geschichte der Stadt Amberg für die Zeit von 1864–1912 (in: Stadtarchiv Amberg, Handschriften 18), S. 132.

<sup>20</sup> Vgl. Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 179, S. 167. 1878 war bereits eine geplante Linie von Ingolstadt über Amberg nach Weiden abgelehnt worden.

<sup>21</sup> Stark, Verkehrskreuz, S. 82.

<sup>22</sup> Dietrich Jürgen Manske, Ambergs Lage im Straßenkreuz der Oberpfalz, während des Mittelalters und der Neuzeit: Ein Beitrag zur historischen und Verkehrs-Geographie, in: Ein Jahrtausend Amberg. Vortragsreihe der Universität Regensburg zum Stadtjubiläum 1984 (Schriftenreihe der Universität Regensburg 11), Regensburg 1985, S. 28.

nach Schnaittenbach (1898), einer Strecke nach Kastl und Lauterhofen (1903) und schließlich einer Linie nach Schmidmühlen<sup>25</sup> (1910).

Dennoch bewirkte der unbefriedigende Anschluß Ambergs an das Eisenbahnnetz einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung<sup>24</sup>, der Standortnachteil konnte wohl ausgeglichen werden.

Der Industrialisierungsprozeß Ambergs wurde durch zwei staatliche Großunternehmen, das kgl. Bergamt und die kgl. Gewehrfabrik bestimmt.<sup>25</sup> Das kgl. Bergamt setzte mit seinen Unternehmungen den traditionsreichen Oberpfälzer Erz- und Bergbau<sup>26</sup> fort, 1823 wurde es von der kgl. General-Bergwerk- und Salinen-Administration übernommen, die dem Finanzministerium unterstand. 1854/55 wurde wegen der wachsenden Nachfrage nach Eisenerz ein weiterer Förderschacht angelegt. Von 1856 bis 1878 lieferte das Amberger Bergamt Erz an die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte. Nachdem diese aber ihre eigenen Erzgruben ausgebaut hatte, mußte der Amberger Berggärar die weitere Verwertung des Erzes selbst in Angriff nehmen. Deshalb eröffnete im September 1883<sup>27</sup> am Erzberg ein Hochofen, der Roheisen zur Weiterverarbeitung für die übrigen Staatswerke und für private Abnehmer erzeugte. Die Erzbasis wurde in den folgenden Jahren durch die Anlage neuer Schächte ausgebaut, so daß 1911 ein weiterer Hochofen in Betrieb genommen werden konnte („Luitpoldhütte“). 1914 folgte ein dritter Hochofen, dessen umfangreich anfallenden Hochofengase auch zur elektrischen Stromversorgung<sup>28</sup> der Stadt Amberg verwendet wurden. Um das eigene Roheisen entsprechend weiter zu verarbeiten, errichtete man 1908 eine Gießerei, die Rohre produzierte. Nach Auffassung des Magistrats hatte das ausgebaute Bergamt Ambergs Stellenwert als „Industriestadt ganz bedeutend gehoben und für den ansässigen Handels-, Industrie- und

<sup>25</sup> Die Stadt hatte für diese Bahn bereits 1899 70 000 Mark zur Finanzierung der Grunderwerbungs-kosten bewilligt, vgl. Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 320.

<sup>24</sup> „Die Eisenbahn hat, wie schon erwähnt, ein regeres Geschäftsleben auch in Amberg geschaffen, die meisten Handelsflächen und Waarenauslagen haben sich modernisiert und die Stadt, welche 1861 auch eine Steinkohlengasfabrik und Gasbeleuchtung hat, zeigt ein freundliches und einladendes Aussehen“, Rapp, Mittheilungen, S. 49. Bereits im Jahre 1861 wies Amberg mit einer „Fabrikarbeiterdichte“ von 1 Arbeiter auf 14 Einwohner nach Augsburg, Hof und Kaufbeuren den vierthöchsten Wert im rechtsrheinischen Bayern auf, vgl. Müller, Arbeiterleben, S. 25.

<sup>25</sup> Vgl. zum folgenden Abriß Nichelmann, Entwicklung, S. 284 ff. (dort auch die verschiedenen kleineren Betriebe, auf die hier nicht näher eingegangen wird); Heinrich Rubner, Die Anfänge der großen Industrien in der Oberpfalz, in: VHVOR 111 (1971) S. 183 ff.; vgl. für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts auch Rapp, Mittheilungen, S. 43 ff.; viele Hinweise zur Entwicklung von Handel, Industrie und Gewerbe auch in der Chronik von Dollacker, Geschichte 1864–1912, passim. Eine moderne wirtschaftsgeschichtliche Arbeit über die am stärksten industrialisierte Stadt der Oberpfalz steht aber noch aus.

<sup>26</sup> Vgl. zur langen Geschichte des Oberpfälzer Bergbaus und seiner Eisenerzeugung: Die Oberpfalz, ein europäisches Eisenzentrum. 600 Jahre Große Hammereinung, Teil 1, Aufsatzband, hg. v. Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern (Schriftenreihe des Bergbau- und Industriemuseums Ostbayern 12/1), Theuern 1987.

<sup>27</sup> Seit 1883 Kgl. Berg- und Hüttenamt, vgl. dazu auch Volker Nichelmann, Die ärarialischen Eisenhütten der Oberpfalz vom Ende des Alten Reiches bis 1918/19, in: Die Oberpfalz. Ein europäisches Eisenzentrum (siehe Anm. 26), S. 366 ff.; ders., Der Amberger Erzberg und die Luitpoldhütte von 1800 bis 1945, in: VHVOR 126 (1986) S. 99 ff., S. 126, S. 167 ff. (zur Frage des Weiterbetriebs nach dem Ende des Erzlieferungsvertrags mit der Maximilianhütte).

<sup>28</sup> Vgl. unten den Abschnitt zur Elektrizitätsversorgung.

Gewerbestand viele Vorteile mit sich gebracht“<sup>29</sup>. Die Beschäftigtenzahlen beim Berg- und Hüttenamt stieg von 330 (1871)<sup>30</sup> auf 2167 (1919).

Die Gewehrfabrik<sup>31</sup>, als Nachfolger des 1801 aufgelösten Artamurwerkes Fortschau bei Kernath, spielte für die Wirtschaft in Amberg im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts eine große Rolle. 1876 beschäftigte das dem Kriegsministerium unterstehende Unternehmen 1100 Arbeitskräfte. Zwei Jahre später mußte aufgrund weiter steigender Nachfrage südlich des Nabburger Tores ein neuer Gebäudekomplex errichtet werden. Während des Ersten Weltkrieges erreichte die Fabrik mit 4100 Arbeitskräften (1917) ihren Beschäftigungshöchststand, allerdings wurde unmittelbar nach dem Ende des Krieges der gesamte Betrieb eingestellt.

Zu den weiteren größeren Betrieben in der Stadt zählte die Steingutfabrik E. Kicks, die von 1892 bis 1910 durchschnittlich zwischen 100 und 126 Arbeitskräfte beschäftigte. Aufgrund der wachsenden Konkurrenz des Porzellans mußte das Werk 1911 stillgelegt werden. Größere Bekanntheit erlangte die spätere Emailfabrik Christian Baumann, der 1864 von Wunsiedel nach Amberg übersiedelt war und wenige Jahre später mit der Produktion von Emailgeschirr begann. Die stark exportorientierte Fabrik beschäftigte 1876 100 Arbeitskräfte, 1911 aber 2422, womit dauernde Betriebserweiterungen verbunden waren. Vor allem aufgrund der Entwicklung der Firma Baumann seit den 1880er Jahren wuchs Amberg zur „am stärksten industrialisierten Stadt der Oberpfalz“<sup>32</sup> heran. Nur am Rande sei hier auch auf die anhaltenden Bemühungen der Stadt verwiesen, auch aus wirtschaftlichen Gründen den Standort der Garnison zu erhalten bzw. weiter auszubauen.<sup>33</sup>

Der Aufschwung Ambergs seit den 1880er Jahren wird aus der Zahl der Gewerbebetriebe und vor allem deren Beschäftigten deutlich. 1882 gab es 931 Betriebe mit 2977 Arbeitern, bis 1895 wuchs die Zahl auf 1149 mit 5782 Arbeitskräften und im Jahre 1907 waren es schließlich 1107 mit 7753 Arbeitern. Seit 1895 stieg die Zahl der Mittel- und Großbetriebe, während die Kleinbetriebe zurückgingen. Diese strukturellen Veränderungen spiegelten sich auch bei der Zahl der Beschäftigten wider:<sup>34</sup>

	1895	1907
Klein-:	916 (1783)	827 (1658)
Mittel-:	81 (999)	110 (1363)
Großbetrieb:	11 (3000)	14 (4732)

<sup>29</sup> Verwaltungsbericht 1910/11. S. 31: Demgegenüber hatte der Magistrat noch 1874 berichtet, daß die Stadt selbst vom damals noch nicht ausgebauten Bergamt nur wenig profitiere, vgl. dazu Nichelmann, Erzberg, S. 167 ff.

<sup>30</sup> Vgl. Müller, Arbeiterleben, S. 26.

<sup>31</sup> Vgl. dazu auch Franz Häiler, Festschrift zur Feier des 100jährigen Bestehens der K.B. Gewehrfabrik Amberg, 1901.

<sup>32</sup> Müller, Arbeiterleben, S. 29; ähnlich auch Chrobak, Kirchengeschichte, S. 309.

<sup>33</sup> Vgl. dazu Rainer Braun, Garnisonsstadt Amberg, in: Amberg 1034–1984 (siehe Anm. 2), S. 213 f. Zwischen 1842 und 1916 wandte sich der Magistrat mit mindestens 25 nachweisbaren Eingaben betreff Ausbau und Erhalt der militärischen Einrichtungen an das Kriegsministerium. 1912 gelang es der Stadt mit erheblichen finanziellen Mitteln gegen Konkurrenzbewerber das 3. Feldartillerie-Regiment aus München in die Stadt zu bringen. Zu Konflikten zwischen der Stadt und der Garnison kam es vor allem wegen der sanitär-hygienischen Verhältnisse in Amberg, vgl. dazu unten den Abschnitt über die Kanalisierung.

<sup>34</sup> Vgl. dazu Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 82 (1911) S. 76 f. (Tabellenwerk), S. 76 (Text). Die Zahlen in Klammern beinhalten die jeweils Beschäftigten.

Bei den meisten Betrieben in der Stadt handelte es sich somit um Kleinbetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten, aber die Zahl der Beschäftigten nahm seit 1895 in den Mittel- und vor allem den Großbetrieben deutlich zu. Die weitaus meisten Arbeitskräfte wiesen die nur 14 Großbetriebe (mit mehr als 50 Beschäftigten) auf, ein Hinweis auf die Dominanz vor allem der drei Großunternehmen Gebrüder Baumann, Gewehrfabrik und kgl. Berg- und Hüttenamt.

### *Politische Parteien und Gemeindewahlen 1869–1914*

Während der in Amberg ruhig verlaufenden Revolution 1848/49 gründete sich am 25. September 1848 ein liberal-demokratischer „Volkverein“, der sich aber im Sommer 1849 vor allem wegen des im März 1849 ins Leben gerufenen Piusvereins wieder auflöste.<sup>35</sup> Erst in den sechziger Jahren kam es wieder zu politischen Neugründungen, wobei die politische Szene Ambergs vor allem gegen Ende der sechziger Jahre von einer scharfen Konfrontation zwischen den Katholisch-Konservativen und den Liberalen geprägt wurde, in der auch der damalige liberale Bürgermeister König eine besondere Rolle spielte. Die katholisch-konservative Richtung und die Liberalen stellten die wesentlichen Parteigruppierungen in der Stadt dar, die Sozialdemokratie dagegen blieb bis 1914 ohne Einfluß auf die Gemeindepolitik.

Am 9. März 1865 wurde der katholische Männerverein „Concordia“ ins Leben gerufen, nachdem sich auch in Amberg erste Auseinandersetzungen zwischen dem Liberalismus und der katholischen Kirche bemerkbar gemacht hatten.<sup>36</sup> Ende 1870 änderte die zunächst sich noch als unpolitisch verstehende „Concordia“ ihre Statuten, demzufolge nunmehr „die Wahrung der katholischen Interessen“ als Vereinszweck benannt wurde. Nachdem die „Concordia“ 1872 die Genehmigung von Vortragsveranstaltungen eines Regensburger Jesuiten beim Magistrat beantragt hatte, erfolgte auf Anweisung der liberalen Kreisregierung in Regensburg am 29. Januar 1872 durch den Magistrat die Erklärung der „Concordia“ zum politischen Verein<sup>37</sup>. Im gleichen Jahr erfuhr der Verein unter der Leitung des kämpferischen Bezirksgerichtsassessors und späteren Landtagsabgeordneten Johann Baptist Walter und des Buchhändlers Josef Habel einen erheblichen Aufschwung. Die „Concordia“ organisierte die Wahlkämpfe für die Patriotenpartei, Amberg stieg bis nach 1900 zum Organisationsmittelpunkt des politischen Katholizismus in der Oberpfalz auf.<sup>38</sup>

Ende des Jahres 1872, nachdem es den Katholisch-Konservativen durch eine massive Wählermobilisierung gelungen war, die Mehrheit unter den Gemeindebevöll-

<sup>35</sup> Vgl. Müller, Arbeiterleben, S. 227; Chrobak, Kirchengeschichte, S. 306f.

<sup>36</sup> Die katholischen Priester Ambergs verließen Anfang der sechziger Jahre die sich liberal orientierenden Vereine Casino, Bürgerverein, Liederkrantz und Gewerbeverein, als der protestantische Pfarrer in diese Vereine eintrat, vgl. dazu und zum Folgenden Chrobak, Kirchengeschichte, S. 300f., S. 307ff.; Friedrich Hartmannsgruber, Die Bayerische Patriotenpartei 1868–1887 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 82), München 1986, S. 74, S. 231f.; Müller, Arbeiterleben, S. 232ff.

<sup>37</sup> Vgl. auch StAAm Reg. d. Opf., K.d.L., Abgabe 1949, Nr. 8243. Dadurch konnten nun auch, wie bei den sozialdemokratischen Gruppierungen, die Versammlungen polizeilich überwacht werden.

<sup>38</sup> Vgl. Werner Chrobak, Politische Parteien, Verbände und Vereine in Regensburg 1869–1914, Teil II, in: VHVOR 120 (1980) S. 262f. Vor allem die Rolle des bis zu seiner Übersiedlung nach Regensburg führenden Josef Habel muß hier beachtet werden.

mächtigsten zu erringen, eskalierte auf dem allgemeinen Hintergrund des Kulturkampfes die kommunalpolitische Konfrontation in Amberg.<sup>39</sup> Am 31. Dezember 1872 erklärte der Magistrat die „Concordia“ vor allem deshalb für geschlossen, weil die „Concordia“ den Standpunkt des Vorrangs der Gewissensbindung vor staatlichen Gesetzen vertrete. Aber in diesem Konflikt zwischen den Katholisch-Konservativen und den Liberalen in Amberg traten auch deutlich bestimmte soziale Konstellationen hervor, wie sie aus der Begründung Bürgermeister Königs zum Verbot zum Ausdruck kamen. Nach der – wenn auch subjektiven – Darlegung Königs bestand die Mitgliedschaft der katholischen „Concordia“ „zum weitaus größten Theile aus Tagelöhnern, Berg- und Fabrikarbeitern und der niedrigsten Klasse der hiesigen Bürger [...] Insbesondere ist es der Besitzstand, die größere Wohlhabenheit, was in den Augen dieser Leute ein unverzeihliches Verbrechen bildet und der Ausdruck: ‚Großkopfte, Großschädel‘ ist in ihrem Munde ein ständiger allen gegenüber, die sich in besseren finanziellen Verhältnissen befinden“<sup>40</sup>. Allerdings gebe es auch unter den Katholiken Ambergs eine starke Strömung gegen den radikalen Kurs der „Concordia“, hinter dem König vor allem deren führenden Vertreter Walter vermutete.

Die Liberalen repräsentierten offensichtlich das Amberger Besitzbürgertum, während es der katholischen Partei gelang, die minderbemittelten Schichten zu integrieren: „The Amberg Concordia Society, finally, drew support from poor and dispossessed classes, and became involved in a religious-political controversy that had a decided element of social conflict.“<sup>41</sup> Das Verbot der „Concordia“ wurde aber am 8. August 1873 durch eine Entschließung der Regierung wieder aufgehoben.<sup>42</sup> Bis 1914 stellte die katholische Partei unangefochten die Mehrheit in den gemeindlichen Kollegien, erst als 1908 das Verhältniswahlrecht eingeführt wurde, konnten die Liberalen wieder eigene Kandidaten durchsetzen.

Im Januar 1869 bildete sich als erster politischer Verein in der Stadt seit 1848/49 die liberalen „Vaterlandsfreunde“, bei denen Bürgermeister König im Vorstand vertreten war.<sup>43</sup> Die Liberalen waren die großen Kontrahenten der Katholisch-Konservativen und beherrschten bis 1872 die gemeindlichen Kollegien, bevor sie aufgrund der Wählermobilisierung durch die „Concordia“ auf kommunaler Ebene fast vollständig verdrängt wurden.

<sup>39</sup> Vgl. zum Folgenden auch Gilbert E. Southern, *The Bavarian Kulturkampf: A Chapter in Government, Church and Society in the early Bismarckreich*, Diss. Massach. 1977, S. 215 ff.; Peter Hattenkofer, *Regierende und Regierte. Wähler und Gewählte in der Oberpfalz 1870–1914* (Miscellanea Bavarica Monacensia 81), München 1979, S. 86 ff. Neben den Auseinandersetzungen bei der Gemeindewahl 1872 hatte auch der Streit um das vom Amberger Magistrat auf Weisung der Regierung gegen den erbitterten Widerstand vieler Katholiken durchgesetzte Begräbnis des Altkatholiken Zunner (Schwager des Verlegers des Amberger Tagblattes v. Train) am 2. Januar 1872 die Fronten verhärtet und die Formierung eines „kämpferischen politischen Katholizismus“ in der Stadt beschleunigt, vgl. Chrobak, *Kirchengeschichte*, S. 315; Hattenkofer, *Regierende*, S. 64 ff.

<sup>40</sup> Bericht des Vorstandes des Stadtmagistrats Amberg zit. nach Müller, *Arbeiterleben*, S. 233.

<sup>41</sup> Southern, *Bavarian*, S. 232.

<sup>42</sup> Vgl. auch StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 8243.

<sup>43</sup> Vgl. StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 8243 und Amberger Tagblatt Nr. 6 v. 8. 1. 1869. Der erste politische Verein in der Stadt seit der 1848er Revolution war zwar der Ende 1863 gegründete „Hilfsverein für Schleswig-Holstein“, der aber Ende 1865 praktisch wieder eingeschlafen war. Auch für die Stadt Amberg fehlt eine Geschichte der in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre dominierenden Liberalen.

Amberg, die „am stärksten industrialisierte Stadt der Oberpfalz im 19. Jahrhundert“<sup>44</sup>, wies zwar eine wachsende Arbeiterschaft auf, aber dennoch konnte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bis 1914 nur schwer Fuß fassen. Ausgehend von ersten gewerkschaftlichen Organisationsversuchen bildete sich im Mai 1875 eine örtliche Mitgliedschaft der SDAP, die vor allem aus Schuhmachern und Schneidern bestand. Bis 1876 verzeichnete die Partei einige Aktivitäten, ehe sie wieder verschwand. Das rigide Vorgehen des Magistrats gegen sozialdemokratische Veranstaltungen, Repressalien der ortsansässigen Unternehmer, sogenannte Saalabtreibungen und das Fehlen von einheimischen Agitatoren werden für dieses vorläufige Ende verantwortlich gemacht. Vor allem aber die Existenz der katholischen Vereine verhinderte den Aufstieg der Arbeiterbewegung. So begründete Bürgermeister König 1873 die Chancenlosigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Stadt damit, daß der „größte Teil der minderbemittelten Einwohnerklasse, namentlich die Fabrik-Arbeiter und Bergleute, bereits dem ultramontanen Verein „Concordia“ angehöre“<sup>45</sup>. Der 1879 ins Leben gerufene katholische Arbeiterverein hatte von Anfang an hohe Mitgliederzahlen, Amberg war noch vor Regensburg und Weiden eines der „Zentren der christlichen Arbeiterbewegung in der Oberpfalz“<sup>46</sup>. Deshalb spielten in Amberg wie auch in der gesamten Oberpfalz die betont antisozialistischen Christlichen Gewerkschaften eine besondere Rolle und konnten überdurchschnittlich hohe Mitgliedszahlen aufweisen (1911: 1170). Erst 1906 bildete sich wieder ein sozialdemokratischer Verein, der aber nur allmählich an Boden gewann. Die starke Stellung der katholischen Kirche und die strikt antisozialistische Politik des Zentrums in der zu mehr als 90% katholischen Oberpfalz in Verbindung mit einem „agrarisches geprägten Arbeitertypus“, der oftmals noch im Nebenerwerb eine kleine Landwirtschaft betrieb sowie die rigorose antigewerkschaftliche Politik der Großunternehmen, die beispielsweise bei der Firma Baumann in Amberg auch „Gelbe Werkvereine“ zur Bekämpfung der freien und Christlichen Gewerkschaften gründeten, verhinderten eine raschere Zunahme der Sozialdemokratie in der Oberpfalz und in Amberg.

Bevor nun die Ergebnisse der alle drei Jahre stattfindenden Wahl der Gemeindebevollmächtigten, bei denen jeweils ein Drittel neu gewählt wurde, darzustellen sind, sei kurz auf das erst zur Wahl berechtigte Bürgerrecht eingegangen. 1869<sup>47</sup> mußten in Amberg beheimatete Inländer 60 fl., auswärtige Inländer 75 fl. und Ausländer 150 fl. Bürgerrechtsaufnahmegebühren entrichten, weniger Bemittelte zahlten 30, 50 und 100 fl. 1876 betrug die Gebühr für in Amberg Heimatberechtigte 100 Mark (für „Bemittelte“) und 50 Mark (für „Minderbemittelte“). für nicht hier Heimatberechtigte 125 bzw. 85 Mark und für Ausländer und Nichtbayern 250 bzw.

<sup>44</sup> Chrobak, Kirchengeschichte Ambergs, S. 309; vgl. zum Folgenden Müller, Arbeiterleben, S. 233 f., S. 133 ff.; ders., Die Arbeiterbewegung in der Oberpfalz bis zum Ersten Weltkrieg, in: Hartmut Mehringer (Hg.), Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992 (Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie 5), München/London/New York/Paris 1992, S. 94 ff.

<sup>45</sup> Zit. nach Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 200.

<sup>46</sup> Müller, Arbeiterbewegung, S. 96; vgl. zum Folgenden auch ders., Arbeiterleben S. 143 ff.; Hans Dieter Denk, Die Christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 29), Mainz 1980, S. 403 (Zahlen zu den Mitgliedern der Arbeitervereine), S. 274 (zu den Christlichen Gewerkschaften).

<sup>47</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1870.

170 Mark.<sup>48</sup> 1912<sup>49</sup> wurden die Gebühren neu festgesetzt und von der Höhe der Staatssteuer abhängig gemacht, sie erstreckten sich nunmehr von 60 Mark (bei einer Staatssteuerentrichtung von bis zu 15 Mark) bis zu 150 Mark (bei einer Staatssteuerentrichtung von mehr als 150 Mark).

Die Zahl der Bürgerrechtsinhaber war wegen dieser für breitere Bevölkerungsschichten kaum zu bezahlenden Bürgerrechtsgebühren sehr niedrig. Im Jahre 1905 lag Amberg mit 2,41 Prozent Bürgerrechtsinhabern an letzter Stelle unter den Städten im rechtsrheinischen Bayern.<sup>50</sup> Allerdings lassen sich diese sehr niedrigen Bürgerrechtszahlen nicht nur auf die geforderten Gebühren zurückführen, denn offensichtlich herrschte in weiten Bevölkerungskreisen ein teilweise erhebliches Desinteresse am Erwerb dieses grundlegenden politischen Rechtes. So mußte der Magistrat regelmäßig Zwangsbürgerrechtsverleihungen nach Art. 17 der Gemeindeordnung von 1869 durchführen, da Einwohner, die an sich die gesetzlichen Voraussetzungen zum Erwerb des Bürgerrechts erfüllten, keinerlei Interesse an dessen Erwerb zeigten.<sup>51</sup> Im Einzelnen sah die Entwicklung der Wahlrechtsbefähigung und die Wahlbeteiligung bei den Gemeindewahlen in Amberg wie folgt aus:<sup>52</sup>

	Inhaber des Bürgerrechts	in % der Einwohner	Wahlbeteiligung in %
1872:	790	6,75	73,16
1875:	846	6,32	66,67
1890:	699	3,65	52,36
1893:	639	3,34	67,76
1902:	563	2,78	78,15
1908:	649	2,67	88,44
1911:	902	3,57	94,34
1914:	1 197	4,74	80,53

Die Wahlbeteiligung stand Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, als zwischen den Liberalen und der katholischen Partei eine scharfe Konfrontation herrschte, auf einem zunächst relativ hohen Niveau, sank aber dann ab. Die Chancenlosigkeit der Liberalen aufgrund des bis 1908 geltenden Mehrheitswahlrechts spiegelte diesen Sachverhalt wider. Erst die Einführung der Verhältniswahl auf kommunaler Ebene 1908 ließ die Wahlbeteiligung und infolge der nunmehr gestiegenen Wahlchancen auch die Zahl der Bürgerrechtsverleihungen schnell anwachsen. Im Wahljahr 1908 fanden 111 Bürgerrechtsverleihungen statt (Wahljahr 1905: 75), 1911 198 und 1914 217.<sup>53</sup>

<sup>48</sup> Vgl. StAAM Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 17 475.

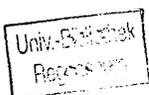
<sup>49</sup> Vgl. Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 440.

<sup>50</sup> Vgl. Bruno Stern, Königreich Bayern, in: Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte, Band 4, Heft 4 (Schriften des Vereins für Socialpolitik 120,4), Leipzig 1906, S. 85.

<sup>51</sup> Vgl. dazu StAAM Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 17 475.

<sup>52</sup> Vgl. dazu unten die Anmerkungen zu den jeweiligen Wahlergebnissen und eigene Berechnungen. Die Vergleichszahlen zu den Einwohnerzahlen basieren auf der jeweiligen vorhergehenden Volkszählung.

<sup>53</sup> Vgl. ZBSL 41 (1909) S. 603f.



Ergebnisse der Wahl der Gemeindebevollmächtigten 1869–1914

	Katholische Partei	Liberalen
1869: <sup>54</sup>	7	17
1872: <sup>55</sup>	8	–
1875: <sup>56</sup>	8	–
1878: <sup>57</sup>	8	–
1881: <sup>58</sup>	8	–
1884: <sup>59</sup>	8	–
1887: <sup>60</sup>	8	–
1890: <sup>61</sup>	6	2

<sup>54</sup> Vgl. Amberger Tagblatt Nr. 263 v. 16. 11. 1869. „Conservative Bürger“ und „Liberalen Bürger“ hatten jeweils eine Liste vorgelegt. Vier der gewählten Gemeindebevollmächtigten waren auf beiden Wahlvorschlägen vertreten. Sie werden jedoch den Liberalen zugerechnet, da sie vor dem Wahlgang öffentlich ihre Zugehörigkeit zur liberalen Partei erklärt hatten, vgl. Amberger Tagblatt Nr. 258 v. 10. 11. 1869; vgl. auch StAAM Reg. d. Opf., K.d.L., Abgabe 1949, Nr. 14 199 (Wochenbericht d. Reg.präs. d. Oberpfalz u. v. Regensburg v. 6. 12. 1869), demzufolge die Wahl in Amberg, wo wie in Regensburg „eine sehr erregte Stimmung“ geherrscht habe, „durchgängig liberal“ ausgefallen sei. Es mußten alle 24 Gemeindebevollmächtigten neu gewählt werden.

<sup>55</sup> Vgl. Amberger Tagblatt Nr. 270 v. 22. 11. 1872. Auffällig erscheint die hohe Zahl der Enthaltungen, denn von 578 abgegebenen Wahlzetteln waren 211 Stimmenthaltungen. Der Wahl selbst war eine heftige Auseinandersetzung zwischen der katholischen Amberger Volkszeitung und dem liberalen Amberger Tagblatt vorausgegangen, wobei neben konfessionellen Streitfragen („Zunnen-Begräbnis“) auch die Höhe der Gemeindeumlagen im Mittelpunkt stand. Die Liberalen begründeten im übrigen ihre Niederlage mit ihrer fehlenden organisatorischen und programmatischen Geschlossenheit. „Liberal“ bedeute nämlich nicht eine politische Partei, sondern umfasse – negativ formuliert – die Zusammenfassung „aller nicht ultramontanen Parteien“, vgl. Amberger Tagblatt Nr. 277 (1872). Die erfolgreiche Mobilisierung ihrer Wähler war hingegen der katholischen Partei in Amberg gelungen, wobei die Gesellschaft „Concordia“ als Organisationszentrale fungierte. Wohl aus diesem Grund versuchte der liberale Magistrat mit Bürgermeister König an der Spitze am 29. 12. 1872 umgehend die „Concordia“ mittels eines Verbots auszuschalten, was jedoch am Widerspruch der Kreisregierung scheiterte.

<sup>56</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 280 v. 3. 12. 1875. Im Vorfeld der Wahl war es im Zusammenhang mit offensichtlich taktisch motivierten Bürgerrechtsverleihungen zu Auseinandersetzungen gekommen. Neben 29 katholisch orientierten Bewerbern war auch 29 Liberalen das Bürgerrecht verliehen worden, wobei es sich bei Letzteren um Beamte handelte, die dafür keine Gebühr entrichten mußten. Der liberale Bürgermeister König scheint sich 1875 vom bisher konfrontativen Kurs gegen die Patrioten abgewendet zu haben, denn die katholische Volkszeitung berichtete einige Tage vor der Wahl, daß das Gerücht, König solle durch den Patrioten und Bezirksgerichtsassessor Walter verdrängt werden, völlig unbegründet sei, da König seit zwei Jahren den von ihm selbst angebotenen „Frieden“ gehalten habe und nicht mehr zu den liberalen „Scharfmachern“ zu zählen sei, „die uns [die Katholiken] für bloße Heloten zu halten geneigt sind“, Amberger Volkszeitung Nr. 270 (1875).

<sup>57</sup> Vgl. Amberger Tagblatt Nr. 286 v. 11. 12. 1878.

<sup>58</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 281 v. 1881. Die Liberalen hatten sich der Stimme enthalten.

<sup>59</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 285 (1884). Die Wahlbeteiligung war sehr niedrig.

<sup>60</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 277 (1887).

<sup>61</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 278 (1890). Die Liberalen legten diesmal eine eigene Wahlliste vor, in die auch zwei Kandidaten aus dem Wahlvorschlag der katholischen Partei aufgenommen wurden. Diese beiden Bewerber erhielten die meisten Stimmen, sie werden hier den Liberalen zugeordnet.

	Katholische Partei	Liberales
1893: <sup>62</sup>	8	–
1896: <sup>63</sup>	14	–
1899: <sup>64</sup>	10	–
1902: <sup>65</sup>	10	–
1905: <sup>66</sup>	10	–
1908: <sup>67</sup>	6	4
1911: <sup>68</sup>	7	5
1914: <sup>69</sup>	5	5

Der jeweilige Gesamtstand im Gremium der Gemeindebevollmächtigten ergibt folgendes Bild:<sup>70</sup>

	Katholische Partei	Liberales	Sonstige
1869:	7	17	–
1875:	22	2	–
1908:	25	5	–
1911:	20	9	1
1914:	16	13	1

Von 1869 bis 1872 dominierten zunächst die Liberalen in der weit überwiegend katholischen Stadt Amberg, wobei, wie oben erwähnt, die Konfrontation zwischen

<sup>62</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 308 v. 16. 11. 1893. Erneut hatte die liberale „Freie Vereinigung“ eine eigene Liste vorgelegt, weshalb auch die Wahlbeteiligung gegenüber 1890 deutlich höher lag. Im vorausgehenden Wahlkampf spielte wiederum die geringe Finanzkraft Ambergs eine wichtige Rolle, insbesondere das die gemeindliche Gremien beherrschende Zentrum hob die Notwendigkeit sparsamer Haushaltsführung als Leitziel hervor. Der Bau des neuen Schlachthofes und des Wasserwerkes sei aber vor allem aufgrund erheblichen Drucks der Kreisregierung erfolgt, so daß diese Ausgaben gemacht werden mußten. Man hoffte jedoch, daß diese sanitär notwendigen Bauten sich selbst tragen werden, vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 304/305 (1893).

<sup>63</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 305 (1896). Da die Zahl der Gemeindebevollmächtigten von 24 auf 30 erhöht wurde, mußten zusätzlich sechs weitere Bevollmächtigte gewählt werden, die ebenfalls dem Zentrum angehörten, vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 307 v. 1896.

<sup>64</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 323 (1899). Die Liberalen hatten bei dieser Wahl keine eigene Liste aufgestellt, was wohl eine sehr niedrige Wahlbeteiligung zur Folge hatte.

<sup>65</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 336 (1902). Auf der Liste des Zentrums befanden sich auch Vertreter des Hausbesitzervereins, der politisch eher zu den Liberalen in der Stadt gezählt wurde. Trotz dieses Entgegenkommens der katholischen Partei stellte aber der Hausbesitzerverein eine eigene Liste auf, worauf ihm vom Zentrum vorgeworfen wurde, er betreibe die Geschäfte des Liberalismus und sei nur noch dessen „Werkzeug“, vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 329 (1902).

<sup>66</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 321 (1905) und ZBSL 41 (1909) S. 607, S. 617.

<sup>67</sup> Vgl. ZBSL 41 (1909) S. 611, S. 617. Die Liberalen hatten nun wieder eine eigene Liste vorgelegt.

<sup>68</sup> Vgl. ZBSL 44 (1912) S. 511 und Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 440. Im Mittelpunkt des wieder verschärften Wahlkampfes zwischen den Liberalen und dem Zentrum stand der von den Ersteren erhobene Vorwurf, Amberg sei eine rückständige Stadt, sowie das Problem der außerordentlich hohen Gemeindeumlagen (205 %).

<sup>69</sup> Vgl. ZBSL 47 (1915) S. 296. Der Versuch wegen des ausgebrochenen Krieges eine einzige Wahlliste zu erstellen, war vorher gescheitert.

<sup>70</sup> Vgl. zu den Ergebnissen 1908 bis 1914 auch StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 17 580 und ZBSL 44 (1912) S. 497, 47, S. 316.

den Liberalen und der katholischen Partei auch deutliche sozial-ökonomische Hintergründe hatte. Von 1872 bis 1908 aber konnten aufgrund des geltenden Mehrheitswahlrechts die Patrioten bzw. das Zentrum unangefochten die gemeindlichen Gremien beherrschen. Erst die Einführung des Verhältniswahlrechts auf kommunaler Ebene 1908<sup>71</sup> ermöglichte bei einer gleichzeitig gestiegenen Wahlbeteiligung den Liberalen wieder den Einzug in die gemeindlichen Gremien, so daß diese bis 1914 an das Zentrum heranrücken konnten. Das Verhältniswahlrecht hatte somit in Amberg der Minderheitspartei der Liberalen einen erneuten Aufschwung gebracht. Die Sozialdemokraten waren in Amberg bis 1914 chancenlos, denn die hohen Bürgerrechtsgebühren behinderten vor allem ihre Wählerschaft. Außerdem verzögerte eine verhältnismäßig starke christliche Arbeiterbewegung den Aufstieg der Sozialdemokratie bis 1914.

### *Zur Finanzsituation der Stadt*

Die mangelnde städtische Finanzkraft Ambergs wurde von den Bürgermeistern und den gemeindlichen Gremien immer wieder als entscheidendes Hindernis für eine raschere Modernisierung der Stadt angeführt. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen – die Wasserleitung, die Elektrizitätsversorgung, die Verbesserung der sanitär-hygienischen Verhältnisse – kamen unter Hinweis auf die begrenzten finanziellen Mittel nur verzögert bzw. überhaupt nicht zur Ausführung. Im Folgenden wird nun versucht, die tatsächliche Finanzlage Ambergs unter punktueller Berücksichtigung der Verhältnisse in ähnlichen bayerischen Städten darzustellen.<sup>72</sup>

Unter der Verwaltung des Magistrats standen im Jahre 1870 zunächst die hier am meisten interessierende Gemeindekasse mit ihren Nebenkassen (Lokalmalzaufschlagskasse und Pflasterzollkasse). Daneben wurden noch die Kassen der städtischen Sparkasse, des Getreidemagazinfonds, der Friedhöfe, des Leichenhauses, der Straßenbeleuchtung, des Gaswerkes sowie die Unterrichts- und Stiftungskassen vom Magistrat verwaltet.

Die wesentlichsten *Einnahmequellen* des städtischen Haushalts bildeten, wie in allen anderen Städten, die direkten Gemeindesteuern, also die als Prozentzuschläge

<sup>71</sup> Der Zentrumsabgeordnete Heinrich Held, der nach ersten vergeblichen Initiativen der SPD in den 1890er Jahren, 1906 die Einführung des Verhältniswahlrechts auf Gemeindeebene nachhaltig betrieb, wies 1906 Kritik von seinen konservativeren Amberger Parteigenossen an der geplanten Einführung des demokratischeren neuen Wahlrechts zurück und hielt unter anderem das „Schreckgespenst der kommenden Sozialdemokraten“ für unangebracht. Im übrigen habe das in Amberg dominierende Zentrum 1904 freiwillig den Liberalen Sitze im Gemeindegremium eingeräumt, also damit wohl das Verhältniswahlrecht vorweggenommen, vgl. StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 10 531 (Rede Helds im katholischen Kasino Regensburg v. 5. 11. 1906). Vgl. zu einem innerparteilichen Kontrahenten Helds in der Frage des Gemeindegemeinheitswahlrechts, dem Amberger Abgeordneten Lerno als Angehörigem des „bürgerlich-aristokratisch-konservativen rechten Zentrumsflügels“, Chrobak, Parteien, II, S. 277. Lerno und das Amberger Parteiblatt des Zentrums, die Amberger Volkszeitung, wandten sich gegen das Verhältniswahlrecht, da sie hierdurch vor allem den Aufstieg der Sozialdemokratie befürchteten, vgl. zur Einführung der Verhältniswahl 1908 auch Richard Keßler, Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868–1924 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 6), Berlin 1971, S. 37 ff.

<sup>72</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf die weitgehend unkommentierten Angaben in den Verwaltungsberichten des Stadtmagistrats 1870, S. 5 ff. und 1910, S. 78 ff. Auch zur Finanzsituation der Stadt Amberg im 19. Jahrhundert fehlt jegliche modernere Forschungsarbeit.

zu den direkten Staatssteuern (Grund- und Haus-, Einkommen-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer) erhobenen Gemeindeumlagen, dann die örtlichen indirekten Verbrauchssteuern (Aufschläge), die Überschüsse aus den kommunalen Versorgungsbetrieben (Gas- und Wasserwerk) sowie die verschiedenen Gebühren (Pflasterzoll, Heimat- und Bürgerrechtsgebühren, Besitzveränderungsabgabe).

1870 stellten die Verbrauchssteuern noch die höchsten Einnahmen dar, aber nach der Jahrhundertwende rückten die Gemeindeumlagen zur wichtigsten Einnahmequelle auf. Der auf den Staatssteuern basierende Umlagensatz stieg in Amberg von 80 % (1870) auf 110 % (1900), 150 % (1905) und schließlich 205 % (1910)<sup>73</sup>.

Der Ertrag der Gemeindeumlagen wuchs von 23 149 Mark (1870) auf 299 020 Mark (1910). Das Staatssteuersoll als Basis der Gemeindeumlagen erreichte in Amberg im Vergleich zu anderen bayerischen mittleren und kleineren Städten nur bescheidene Summen, hierin spiegelt sich die insgesamt niedrige Steuerkraft der Stadt wider:<sup>74</sup>

*Staatssteuersoll in Mark*

	1871	1910
Grund/Haussteuer:	3 462	39 520
Gewerbesteuer:	10 243	56 258
Einkommensteuer:	5 193	25 248
Kapitalrentensteuer:	5 677	22 125
Gesamt:	24 575	143 151

Die Gewerbesteuer brachte demzufolge jeweils die höchsten Erträge, aber trotz der drei Großbetriebe in Amberg blieb das Staatssteuersoll sogar unter der Marke des wenig industrialisierten Landshut (1910: 222 791 Mark).

An indirekten Verbrauchssteuern wurden in Amberg der Lokalmalz- und Bieraufschlag, der Fleischaufschlag sowie der Getreide- und Mehlaufschlag erhoben:<sup>75</sup>

*Verbrauchssteuern in Mark*

	1870	1909	1910
Lokalmalz/Bieraufschlag:	43 296	75 216	70 308
Getreide/Mehlaufschlag:	14 701	19 157	5 481
Fleischaufschlag:	7 614	16 367	4 089
Gesamt:	65 611	110 740	79 878

Wie aus der Tabelle ersichtlich, mußte der städtische Haushalt aufgrund des reichsgesetzlichen Wegfalls des Getreide-/Mehl- und Fleischaufschlags zum 1. April 1910 deutliche Einnahmeverluste hinnehmen.

<sup>73</sup> Lediglich Donauwörth und Neumarkt i. O. hatten im Jahre 1910 unter den unmittelbaren Städten des Königreichs Bayern höhere Umlagenprozentsätze, vgl. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Würzburg 1910, Würzburg 1912, S. 17 ff.

<sup>74</sup> Vgl. Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 69 (1912) S. 256 f.; Verwaltungsbericht 1910/11, S. 41.

<sup>75</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1870, S. 5 ff., 1908/09, S. 38, 1910/11, S. 41. Die Angaben zum Getreide- und Mehlaufschlag bzw. zum Fleischaufschlag für das Jahr 1910 umfassen aufgrund des Wegfalls der meisten indirekten Aufschläge zum 1. April 1910 nur die ersten drei Monate 1910.

Die beiden städtischen Versorgungsunternehmen Gas- und Wasserwerk brachten insgesamt relativ bescheidene Einnahmen. Das Gaswerk lieferte 1870 7052 Mark, 1910 22000 Mark Mehreinnahmen, das Wasserwerk 1910 27000 Mark Überschuß. Allerdings wurde nur ein Teil dieser Mehreinnahmen an die Stadtkasse abgeliefert. Verhältnismäßig gute Einnahmen erzielte die Stadt aus ihrem Vermögen, d. h. Verpachtungen, Abtretung von Rechten, Mieten und aus den Waldungen. Von 24272 Mark (1870) wuchs der Ertrag auf 48555 Mark (1910), darunter 26133 Mark aus dem Forstbetrieb.

Schließlich nahm die Stadt noch verschiedene, bedeutendere Gebühren ein:

	1870	1910
Heimat/Bürgerrechtsgebühren:	3005	4398 <sup>76</sup>
Pflasterzoll:	2430	4830
Besitzveränderungsabgabe:	2946 (1901)	5922

Im folgenden wird auf die wichtigsten *Ausgaben* der Stadt Amberg eingegangen:

Ausgaben in Mark

	1870	1910
Amtsführung/Polizei:	23828	99893
Armenwesen (Zuschuß): <sup>77</sup>	10285	41085
Volksschule: <sup>78</sup>	1037	144193
Schuldendienst: <sup>79</sup>	32773	117912

Aufgrund der mangelhaften Einnahmen mußte die Stadt bereits für kleine Aufwendungen bzw. Baumaßnahmen Kredite<sup>80</sup> oder Anleihen aufnehmen. Nur die bedeutenderen der zumeist langfristig zu tilgenden Anleihen seien hier erwähnt:<sup>81</sup> 1878 zum Schulbau (200000 Mark), 1889 unter anderem für den Schlachthof (1 Million Mark), 1892 für Pflasterungen (60000 Mark) und für die neue Wasserleitung (700000 Mark), 1893 für den Bau der Lokalbahn nach Lauterhofen (100000 Mark), 1899 für den Umbau des Gaswerkes (350000 Mark), 1900 (700000 Mark), 1901 für den Schulbau (400000 Mark), 1902/03 erneut für die Lokalbahn nach Lauterhofen (103000 Mark), 1905–1907 (175000 Mark) für die Kühlanlage im Schlachthaus, 1907/08 für die Lokalbahn nach Schmidmühlen (152000 bzw. 395000 Mark), 1911 für die elektrische Zentrale (300000 Mark) und 1913 für die bevorstehende Neukanalisation (500000 Mark).

<sup>76</sup> Nur Bürgerrechtsgebühren.

<sup>77</sup> Seit 1. Januar 1870 wurde das Defizit der Armenkasse aus der Gemeindekasse bestritten, die bis dahin erhobenen Armenpflichtbeiträge wurden abgeschafft.

<sup>78</sup> Die Angaben zu 1870 beinhalten nur den gemeindlichen Zuschuß zur katholischen und protestantischen Schulstiftung, die Angabe für 1910 stellt die Gesamtausgabe für die Volksschulen in der Stadt dar.

<sup>79</sup> Die Aufwendungen der Gemeindekasse und der als Schuldentilgungskasse dienenden Lokalmalzaufschlagskasse werden hier zusammengezählt.

<sup>80</sup> Die Stadt nahm Kredite von der Sparkasse, aber auch von Privaten auf. Im Jahre 1913 etwa war die Stadtkasse noch mit 769850 Mark bei der Sparkasse verschuldet, vgl. StAAM Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2255.

<sup>81</sup> Vgl. zu den zahlreichen Kreditaufnahmen und Anleihen StAAM Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2255.

Der Gesamtschuldenstand der Stadt wuchs auf diese Weise von 165860 Mark (1870) auf 2806935 Mark (1909). Dennoch blieb Ambergs Verschuldung im Vergleich zu den anderen bayerischen Städten gering. 1912 lag die Verschuldung Ambergs pro Einwohner mit 145 Mark weit unter derjenigen aller anderen hier untersuchten Städte.<sup>82</sup> Die städtischen Gremien waren offensichtlich weniger bereit, eine höhere Verschuldung hinzunehmen, was sich allerdings auf die Modernisierung negativ auswirkte. Den Schulden der Stadt stand jedoch ein Vermögen (Gebäude, Grundstücke, Waldungen, Aktivkapitalien) gegenüber, das von 672247 Mark (1870) auf 3791434 Mark (1909) angewachsen war.

Die letztlich aber auch in Amberg enorme Ausweitung des städtischen Finanzwesens von 1870 bis 1910 verdeutlicht die alljährliche Einnahmen- bzw. Ausgabenrechnung der Gemeindekasse. 1870 standen sich 61904 Mark Einnahmen bei 60182 Mark Ausgaben gegenüber, während dieses Verhältnis 1910 1248182 Mark zu 1194085 Mark betrug.

### *Die Bürgermeister*

Von 1870 bis 1914 standen vier Bürgermeister an der Spitze der Stadt: Vinzenz König, Josef Heldmann, Georg Schön und Dr. Eduard Klug, die alle in Bayern geboren waren, Schön in Amberg selbst, König und Heldmann in der Oberpfalz, Klug in Unterfranken. Alle vier waren katholisch und hatten ein juristisches Studium absolviert. Bevor sie als Bürgermeister gewählt wurden, standen sie bereits als rechtskundige Magistratsräte im Dienste der Stadt Amberg. Offensichtlich scheuten die wahlberechtigten Gemeindebevollmächtigten vor der Wahl eines auswärtigen, unbekannteren Bewerbers zurück.

Politisch zählte König zu den Liberalen, er stand mit im Mittelpunkt der sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den Katholisch-Konservativen und Liberalen Ambergs vor allem zu Beginn der siebziger Jahre. Heldmann verfolgte einen parteipolitisch neutralen Kurs ohne entsprechende Profilierung, Schön, dessen Amtszeit von erheblichen Konflikten mit der vorgesetzten liberalen<sup>83</sup> Kreisregierung in Regensburg gekennzeichnet war und der letztlich aufgrund persönlicher Beeinträchtigungen mehr oder minder zum Rücktritt gezwungen wurde, stand wie sein Nachfolger Klug der Amberger Mehrheitspartei des Zentrums nahe.

Die begrenzten finanziellen Verhältnisse des Stadthaushalts waren zwar mitverantwortlich für das Ausbleiben bzw. Verzögern wichtiger kommunaler Modernisierungen in Amberg, aber auch die Bürgermeister selbst offenbarten offensichtlich keine nachhaltigere Initiative und Tatkraft, um die Entwicklung der Stadt energischer voranzutreiben. Inwieweit sie dabei von vornherein auf die risikoscheuen und zurückhaltenden gemeindlichen Gremien Rücksicht nehmen mußten, läßt sich nicht eindeutig beantworten.

### *Vinzenz König (1866–1892)*

Vinzenz König<sup>84</sup>, katholisch, wurde am 23. Januar 1835 in Hohenhardt im Bezirksamt Kemnath geboren. Er besuchte das Gymnasium in Amberg und studierte

<sup>82</sup> Vgl. ZBSL 47 (1915) S. 148.

<sup>83</sup> Nach Hattenkofer, Regierende, S. 7, waren von 1870 bis 1914 alle Regierungspräsidenten der Oberpfalz (national-)liberal.

<sup>84</sup> Vgl. zu König Stadtarchiv Amberg (zukünftig: StadtA Amberg), Ansässigmachungs-

anschließend in München Rechtswissenschaften. Nach dem Examen war er als Rechtskonzipient in Neumarkt, Weiden und Amberg tätig. Am 10. August 1866 wurde er zum Bürgermeister in Amberg gewählt, drei Jahre später, am 4. August 1869 erfolgte einstimmig seine definitive Wiederwahl.<sup>85</sup>

Politisch gehörte König zu den Liberalen, die von 1869 bis 1872 die gemeindlichen Gremien unangefochten beherrschten. Er war Vorstandsmitglied im liberalen Verein „Vaterlandsfreunde“, der im Januar 1869 als erster politischer Verein in der Stadt seit der Revolution 1848/49 gegründet worden war.<sup>86</sup> Insbesondere in den Jahren von 1869 bis 1872 stand König mit im Zentrum der heftigen konfessionellen und politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, die größeres Aufsehen verursachten. Zunächst hatte das vom Magistrat genehmigte Begräbnis des Altkatholiken Zunner die Spannungen verschärft, Ende 1872 wurde die katholische Gesellschaft „Concordia“ vom Magistrat geschlossen, die Kreisregierung jedoch hob diesen Beschluß wieder auf.<sup>87</sup> Nach diesem Höhepunkt in der auch von sozialen Begleiterscheinungen geprägten Auseinandersetzung zwischen den liberalen Mittelschichten und den überwiegend katholischen Unterschichten in der Stadt scheint sich aber der liberale Bürgermeister mit der nach 1872 in den städtischen Gremien dominierenden Patriotenpartei bzw. dem Zentrum eher um einen Ausgleich bemüht zu haben.<sup>88</sup>

1865 heiratete er Albine Fleißer aus Amberg, von der er sich 1879 scheiden ließ, die er aber im Dezember 1891, kurz vor seinem Tod wieder heiratete. Am 19. Januar 1892 verstarb König nach mehrmonatiger Krankheit im Alter von 56 Jahren noch im Amt.<sup>89</sup>

Bei der Beurteilung der Amtszeit Königs muß die vor allem in den Anfangsjahren vorherrschende scharfe Konfrontation zwischen den katholisch-konservativen Kräften und den Liberalen beachtet werden. Der liberale Bürgermeister stand, abgesehen von den ersten sechs Jahren, einer Mehrheit von Katholisch-Konservativen gegenüber. Wesentliche Neuerungen und Modernisierungen in der nur wenig leistungskräftigen Stadt fanden nicht statt, obwohl gerade von 1880 bis 1890 die Einwohnerzahl Ambergs erheblich angewachsen war. Notwendige sanitär-hygienische Modernisierungen (neue Wasserleitung, Abwasserentsorgung) kamen trotz langer Verhandlungen nicht zustande. Immerhin konnte 1890 der neue Schlachthof eröffnet werden. Die Kommunalisierung des Gaswerkes war bereits vor dem Amtsantritt Königs erfolgt. Die Versuche, Ambergs Stellung als Eisenbahnmittelpunkt auszubauen, blieben letztendlich ohne Erfolg. Die beschleunigtere wirtschaftliche Ent-

Bürgerrechts-Verehelichungs-Akten Nr. 3638 und StadtA Amberg Zug. II/Nr. 4336 (Personalakt König 1879–1889, allerdings nur wenig ergiebig); persönliche Angaben auch in der Amberger Volkszeitung Nr. 20 v. 20. 1. 1892.

<sup>85</sup> Verwaltungsbericht 1869.

<sup>86</sup> Vgl. StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 8243 (Meldung des Magistrats v. 19. 1. 1869).

<sup>87</sup> Vgl. dazu Southern, Bavarian, S. 215 ff.; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 231 f.; vgl. ausführlicher oben den Abschnitt zu den politischen Parteien und Gemeindewahlen.

<sup>88</sup> So das Parteiblatt der Patrioten der Stadt die Amberger Volkszeitung Nr. 270 v. 1875. Anlässlich des Todes Königs zeigte sich die Volkszeitung entsprechend der Maxime „de mortuis nil nisi bene“ versöhnlicher gegenüber dem vormaligen Konkurrenten aus der Zeit des Kulturkampfes. Königs Tätigkeit habe sicher Berechtigung zu Tadel gegeben, aber er war „ein Verwaltungsbeamter von großem organisatorischen Geschick“, der sich für die Stadt viel eingesetzt habe, vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 20 v. 20. 1. 1892.

<sup>89</sup> Vgl. Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 256.

wicklung der Stadt seit den achtziger Jahren wurde von König unterstützt, er setzte sich nachhaltig für den Erhalt und Ausbau des Bergamtes 1874<sup>90</sup> und mit mehr Erfolg 1881 ein.<sup>91</sup>

Inwieweit die eher negativere Bilanz der infrastrukturellen Modernisierungen während der Amtszeit Königs auch auf seine eingeschränkte Gesundheit<sup>92</sup> zurückzuführen ist, kann nur vermutet werden. Jedenfalls geriet Amberg auf dem Gebiet der Infrastruktur in einen Rückstand zu vielen anderen bayerischen Städte, den auch die Nachfolger bis 1914 kaum ausgleichen konnten oder wollten.

### *Josef Heldmann (1892–1907)*

Nachfolger des noch im Amt verstorbenen Bürgermeisters König wurde der rechtskundige Magistratsrat Josef Heldmann, der am 8. November 1835 in Vilseck in der Oberpfalz als Sohn des katholischen Lehrers Josef Heldmann geboren worden war.<sup>93</sup> Er besuchte das humanistische Gymnasium in Amberg und studierte anschließend Rechtswissenschaften, wo er 1859 sein erstes Examen ablegte. Danach absolvierte er seinen Vorbereitungsdienst beim Landgericht Vilseck und Bezirksgericht Amberg. 1861 erreichte er beim Staatskonkurs die Hauptnote II. Anschließend war er wiederum beim Landgericht Vilseck, dann als Notariatsgehilfe in Sulzbach, als Accessist beim Bezirksgericht Amberg und schließlich von 1864 bis Dezember 1866 als Staatsanwaltsvertreter in Riedenburg und Nordhalben (Oberfranken) tätig. Am 1. Januar 1867 trat er als rechtskundiger Magistratsrat in den Dienst der Stadt Amberg. Nach dem Tod Bürgermeister Königs wählten alle 22 anwesenden Gemeindebevollmächtigten am 7. März 1892 Heldmann einstimmig zu dessen Nachfolger, eine öffentliche Ausschreibung der Stelle war nicht erfolgt.<sup>94</sup>

<sup>90</sup> Bereits 1874 hatte sich der Magistrat mit einer noch erfolglosen Petition an die Abgeordnetenversammlung gewandt, um die Stellung der Stadt, die „weder eine Oekonomie- noch eine Gewerbs- oder Handelsstadt“ sei, durch eine rationellere Ausbeutung des Erzberges zu verbessern; Amberg habe dann eine gute Zukunft, „wenn der reiche Schatz, den sein Burgfrieden birgt, gehoben und verwertet, – wenn der Erzberg rationell ausgenützt wird.“ Allerdings traute man eine derartige Aufgabe zu diesem Zeitpunkt noch eher privaten Investitionen zu: „Daß dieses durch den Staat geschieht, dieses Vertrauen kann Amberg leider nicht haben!“, vgl. Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, 1873/74, Band I, München o. J., S. 313 f. (Wiedergabe der Petition durch den Abgeordneten Völk); vgl. auch Nichelmann, Erzberg, S. 167 ff.

<sup>91</sup> So bemerkte der Regierungspräsident in Regensburg zu der im Februar 1881 von König und den Gemeindebevollmächtigten an das Finanzministerium und die Kammer der Abgeordneten gerichteten, eindringlichen Petition zwecks Erhalt und Ausbau des Bergamtes anstelle eines Verkaufs an die Maximilianhütte, „der Ton, welcher stellenweise in jener Vorstellung angeschlagen wird, läßt auf den rechtskundigen Bürgermeister König als Verfasser schließen“, zit. nach Nichelmann, Erzberg, S. 179 Anm. 41. Nachdem im Mai 1882 der Magistrat die kostenlose Überlassung von Gemeindegrund an den Staatsärar zwecks Ausbaus des Bergamtes beschlossen hatte, wollte man König eine „außerordentliche Renumeration“ in Höhe von 1000 Mark verleihen, ebda, S. 126 Anm. 39.

<sup>92</sup> Vgl. dazu das liberale Amberger Tagblatt Nr. 19 v. 20. I. 1892, demzufolge König „ein hochbegabter Mann mit einer tüchtigen Arbeitskraft [war], so lange sie ungebunden und ungeschwächt geblieben“ sei.

<sup>93</sup> Vgl. zu Heldmann StAam Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 10682 (Qualifikationstabellen); BayHStA München MInn Nr. 54 866. Angaben zu seiner Person auch in StadtA Amberg, Ehrenbürger-Buch der Stadt Amberg. Ein Personalakt ist nicht vorhanden.

<sup>94</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1892, S. 38; Amberger Volkszeitung Nr. 31 v. 31. I. 1892, dem-

Politisch läßt sich Heldmann nicht eindeutig einordnen. Sicherlich war er, obwohl von der Zentrumsmehrheit 1892 zum Bürgermeister gewählt, kein Anhänger dieser Partei. 1866 hatte ihn die liberale Mehrheit im Gemeindegremium zum rechtskundigen Magistratsrat gewählt, allerdings hat Heldmann danach nach Meinung der Katholisch-Konservativen<sup>95</sup> unparteiisch seinen Dienst geleistet. Die Vertrautheit mit den städtischen Amtsgeschäften dürfte darüber hinaus ein weiterer Grund für seine Wahl 1892 gewesen sein.

Die Kreisregierung der Oberpfalz setzte in den Amtsantritt Heldmanns große Hoffnungen für eine Besserung der Zustände in Amberg, womit zugleich eine deutliche Kritik an der Arbeit des Vorgängers verbunden war. Man erwartete vom neuen Bürgermeister, der bisher gute fachliche Beurteilungen von der Aufsichtsbehörde erhalten hatte, „daß es demselben in seiner neuen Stellung gelingen dürfte, die vielfachen und z. Zt. noch bestehenden, durch den verstorbenen Bürgermeister König hervorgerufenen Mißstände in der Verwaltung der Stadt Amberg zu beseitigen und geordnete Zustände alsbald herbeizuführen“<sup>96</sup>. Am 28. März erfolgte die kgl. Wahlbestätigung. Nach Ablauf des dreijährigen Provisoriums wurde er am 28. Februar 1895 erneut einstimmig und damit definitiv in seinem Amt bestätigt.<sup>97</sup>

Heldmann war bis 1882 mit Babette Schanderl verheiratet, nach deren Tod heiratete er die Protestantin Babette Feilner. Aus beiden Ehen gingen sieben Kinder hervor. Nach 40 Jahren im Dienst der Stadt trat Heldmann im Alter von 72 Jahren im Juni 1907 in den Ruhestand. Am 26. Juni 1907 wurde er, dem im März 1901 der Titel „Hofrat“ verliehen worden war, mit dem Ehrenbürgerrecht der Stadt ausgezeichnet. Drei Jahre später verstarb er in Amberg.

In die Amtszeit Heldmanns fällt ein nicht unwesentlicher Aufschwung Ambergs zur führenden Industriestadt in der Oberpfalz. Damit verband sich auch ein weiterer Zuwachs der Bevölkerung, der die schwierigen sanitär-hygienischen Verhältnisse in der Stadt zusätzlich verschärfte. Entsprechend den Erwartungen der Regierung beim Amtsantritt Heldmanns konnte die jahrzehntelang ungelöste Frage einer neuen Wasserversorgung für die Stadt endgültig positiv entschieden werden. Heldmann, der wohl schon als Rechtsrat diese Angelegenheit vorangetrieben hatte, erhielt anlässlich der Eröffnung der neuen Anlage am 2. Oktober 1893 viel Lob vom anwesenden Regierungspräsidenten, demzufolge die Wasserleitung „der erste große Schritt zur Hebung dieser freundlichen Stadt“ sei. Wegen seiner Verdienste um diese dringend notwendige Modernisierung genieße der neue Bürgermeister „mit Recht großes Vertrauen und hat den besten Willen die Fehler des früheren Stadtrechtsrats wieder gut zu machen“<sup>98</sup>. Die von der Regierung immer wieder geforderte Ver-

nach die Stelle nicht ausgeschrieben werden sollte, da Rechtsrat Heldmann zur Verfügung stehe; vgl. auch Bayerische Gemeindezeitung Nr. 9 v. 20. 3. 1892, S. 237.

<sup>95</sup> Vgl. die katholische Amberger Volkszeitung Nr. 67 v. 8. 7. 1892. Allerdings verlangte man anlässlich der Wahl Heldmanns zum Bürgermeister 1892, daß zumindest der neue Rechtsrat ein „entschieden katholischer Mann“ sein solle, was man nicht als Aversion gegen Heldmann verstehen dürfe. Daraus ergibt sich wohl, daß Heldmann nicht zu den Katholisch-Konservativen gezählt werden kann.

<sup>96</sup> StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2193 (Bericht der Regierung an Innenministerium v. 17. 3. 1892).

<sup>97</sup> Vgl. Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 277.

<sup>98</sup> StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 13 885 (Wochenbericht des Reg.präs. v. 9. 10. 1893).

besserung der bedenklichen Abwasserhältnisse<sup>99</sup> wurde unter Verweis auf die begrenzten finanziellen Möglichkeiten auch während der Amtszeit Heldmanns nicht in Angriff genommen. Das Bevölkerungswachstum ließ die Zahl der Volksschüler ansteigen, so daß 1902 vor dem Wingershofer Tor die „Luitpoldschule“ eröffnet wurde, 1908 folgte die katholische Mädchenschule („Max-Josef-Schule“). 1901 wurde das zu klein gewordene Gaswerk erweitert. Der unbefriedigende Anschluß Ambergs an das Eisenbahnnetz konnte 1903 durch den Bau einer Lokalbahn nach Lauterhofen etwas verbessert werden.

Allerdings scheint Heldmann in seinen letzten Jahren nur noch wenig Initiative entwickelt zu haben, nach Auffassung der Kreisregierung im November 1906 war er aufgrund seines Alters kaum mehr an den Geschäften interessiert, „von ihm ist für die Besserung der städtischen Verhältnisse nichts mehr zu erwarten“<sup>100</sup>. Man hoffte nunmehr, daß „die schwierig zu verwaltende Stadt einen anderen tüchtigen energischen Bürgermeister bekäme“<sup>101</sup>. Im Vergleich zum Amtsantritt 1892 war die Aufsichtsbehörde nunmehr zu einer überwiegend kritischen Bilanz der Tätigkeit Heldmanns gekommen. Die Hoffnung auf einen tatkräftigeren Nachfolger im Amt des Bürgermeisters erfüllte sich jedoch nicht, vielmehr kam es in den nächsten Jahren zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und dem neuen Amtsinhaber Schön.

### *Georg Schön (1907–1913)*

Georg Schön, katholisch, wurde am 10. Oktober 1866 in Amberg als Sohn eines Landwirts geboren.<sup>102</sup> Nach dem Studium der Rechtswissenschaften war er von Oktober 1890 bis Oktober 1893 als Rechtspraktikant beim Amtsgericht, Landgericht, Bezirksamt, Magistrat sowie bei einem Rechtsanwalt (alle in Amberg) tätig. 1893 absolvierte er seine Staatsprüfung mit der Hauptnote III, von Januar 1894 bis November 1896 arbeitete er erneut bei verschiedenen Einrichtungen in Amberg (Rentamt, Amtsgericht, Notar Ehrensberger). Am 16. November 1896 wählten ihn die Gemeindebevollmächtigten zum rechtskundigen Magistratsrat, da der bisherige Amtsinhaber Kroher auf den Bürgermeisterstuhl in Ingolstadt berufen worden war.<sup>103</sup> Ein Jahr später heiratete er Maria Collaserwitz, die Tochter eines Landgerichtsassessors, aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor.

Nach der Ruhestandsversetzung Heldmanns im Juli 1907 kam es bereits im Vorfeld der Wahl des neuen Bürgermeisters offensichtlich zu größeren Debatten, denn nur mit der knappen Mehrheit von 13 gegen 11 Stimmen beschlossen die Gemeindec-

<sup>99</sup> Vgl. zu dieser jahrzehntelangen Debatte ausführlicher unten den Abschnitt zur Kanalisierung.

<sup>100</sup> StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 10 682 (Inspektionsbericht v. 5. 11. 1906). Der Bericht des Inspektors führte weiter aus: „Bürgermeister Hofrat Heldmann kam mir sehr gealtert vor, ist teilnahmslos und bekümmert sich nicht viel mehr um die Geschäfte“. Nach Meinung des Inspektors sei Heldmann nur wegen seiner persönlichen Verhältnisse noch nicht in den Ruhestand getreten, da er noch für schulpflichtige Kinder sorgen müsse.

<sup>101</sup> StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2193 (Inspektions-Tagebuch d. Regierungspräsidenten v. Brettreich v. 22./23. 7. 1906).

<sup>102</sup> Vgl. zu Schön, StadtA Amberg Zug. III/037 (Personalakt); StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 10 676 („Qualifikationstabelle“); BayHStA München MInn Nr. 80 466.

<sup>103</sup> Vgl. Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 286; vgl. auch BayHStA München MInn Nr. 80 466.

bevollmächtigten am 10. Juli 1907, die frei gewordene Stelle des Bürgermeisters nicht öffentlich auszuschreiben.<sup>104</sup> Die bereits im Vorfeld umstrittene Wahl Schön zum Stadtoberhaupt deutete auf eine konfliktreiche Amtszeit hin. Bei der Wahl<sup>105</sup> am 25. Juli 1907 erhielt Schön 20 Stimmen, Justizrat Dr. Taucher eine, sieben Zettel waren leer abgegeben worden. Am 24. August erfolgte die kgl. Bestätigung der Wahl. Die Kreisregierung in Regensburg attestierte dem neuen Bürgermeister zwar den besten Willen, um „die Versäumnisse seines Amtsvorgängers gut zu machen“, auch verfüge er zur Zeit über den nötigen Rückhalt in den Kollegien und in der Bürgerschaft, aber „ob er die erforderlichen Fähigkeiten und die nötige Energie besitzt, wird die Zeit erst lehren müssen“<sup>106</sup>. Die Inangriffnahme der Kanalisation und die Verbesserungen der Wohnverhältnisse für die ärmeren Einwohner legte man Schön besonders nahe.

Nach dem Ablauf des dreijährigen Provisoriums verzichteten die Gemeindebevollmächtigten nun mit klarer Mehrheit auf eine öffentliche Ausschreibung der Stelle. Bei der Wahl am 20. Juli 1910 fielen auf Schön 22 der 28 abgegebenen Stimmen, die sechs ablehnenden Stimmen kamen von den seit 1908 wieder vertretenen Liberalen.<sup>107</sup> Somit stieß der neue Bürgermeister, der politisch zum Zentrum<sup>108</sup> zu zählen ist, von Anfang an auf Vorbehalte. Schon bald nach dem Dienstdefinitivum kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Schön und der Kreisregierung in Regensburg. Nachdem diese dann auch auf die städtischen Kollegien übergriffen, erfolgte schließlich im Sommer 1913 der vorzeitige Rücktritt des Bürgermeisters. Den Ausgangspunkt der schweren Differenzen bildete die Visitation des Magistrats durch die Regierung im Mai 1911, die einen Einblick in die bereits zu diesem Zeitpunkt mit zahlreichen Mängeln behafteten Amtsgeschäfte erlaubte.<sup>109</sup> Die Visitation hatte festgestellt, daß sich die „Geschäfte des Stadtmagistrats Amberg in sachlicher wie in formeller Hinsicht in einem sehr wenig erfreulichen Stande befinden“ und die Verant-

<sup>104</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 187 v. 11. 7. 1907.

<sup>105</sup> Vgl. zu den Wahlgängen 1907 und 1910 auch StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2189 u. Nr. 2193.

<sup>106</sup> StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2190 (Bericht d. Reg. v. 18. 9. 1907). Im Jahre 1903 war Schön bei einer Spezialvisitation der Regierung noch als eifrig und energisch beurteilt worden, aber 1906 kam der Regierungsinspektor zu dem Schluß, „Rechtsrat Schön ist ein Mann, dessen Selbstbewußtsein mit seiner Veranlagung nicht im richtigen Verhältnisse steht“. Er sei „ein mittelmäßiger Beamter ohne viel Eifer und Strebsamkeit [...] es geschieht nur das Allernotwendigste, von Initiative keine Rede“. Er schone im übrigen die Bürger, um sich seine Aussichten auf das Bürgermeisteramt nicht zu verderben, vgl. StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 10676 (Bericht d. Regierungsinspektors v. 5. 11. 1906) und Nr. 2187. Nach 1907 erhielt Schön zunehmend schlechtere Beurteilungen der Regierung, wobei immer wieder auf seine Gleichgültigkeit und mangelnde Initiative verwiesen wurde, ebda.

<sup>107</sup> Vgl. auch Verwaltungsbericht 1910/11, S. 64; Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 429.

<sup>108</sup> Angesichts der Mehrheitsverhältnisse 1907 und auch 1910 war die Wahl eines Nicht-zentrumsangehörigen wohl kaum denkbar. Erst nach der Einführung der Verhältniswahl auf Gemeindeebene seit 1908 gelangten wieder einige Liberale mit einer eigenen Liste ins Gemeindebevollmächtigtenremium. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde im Zusammenhang mit der Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 7. 4. 1933 in einem entsprechenden Fragebogen zu Schön vermerkt, er sei auf dem „Boden des Zentrums“ gestanden, vgl. StadtA Amberg Zug. III/037 (Personalakt).

<sup>109</sup> Vgl. dazu StadtA Amberg Zug. III/037; StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 16 405 (Visitationsbericht v. 8. 7. 1911; Regierungsentschließung v. 31. 8. 1911).

wortung dafür dem Magistratsvorstand zugeschoben, denn „Bürgermeister Schön besitzt weder die Kenntnisse noch das Verständnis und die Erfahrung und noch weniger die Tatkraft, die zur Leitung eines größeren in vielen Punkten zurückgebliebenen Gemeinwesens von verhältnismäßig geringer finanzieller Leistungsfähigkeit erforderlich wären“<sup>110</sup>. So würden vielfache Aufgaben liegenbleiben oder mit großer Verzögerung – beispielsweise die Etataufstellung – zu Stande kommen.<sup>111</sup> Auch seien innerhalb des Magistratspersonals Disziplinlosigkeiten festzustellen, denen der Bürgermeister infolge mangelnden Einflusses nicht entschieden entgegenetrete.<sup>112</sup> Der Bürgermeister sei auch über die Verhältnisse der verschiedenen städtischen Einrichtungen (Gaswerk, Wasserwerk, Schlachthof) und Projekte zu wenig informiert, insbesondere bedürften die sanitär-hygienischen Verhältnisse, vor allem am Spitalgraben, durch eine umfassende Neukanalisation einer dringenden Verbesserung.

Doch diese massive Kritik der vorgesetzten Aufsichtsbehörde am Magistrat bewirkte zunächst keine Veränderungen.<sup>113</sup> Der sich offenbar verschlechternde Gesundheitszustand des Bürgermeisters und Auseinandersetzungen über die Amtsgeschäfte zwischen den beiden Kollegien der Stadt im Sommer 1913 führten jedoch zu einer Lösung.<sup>114</sup> Nach Darlegung der Regierung hatte die Visitation von 1911 nichts gebracht, da die städtischen Kollegien von sich aus nichts zur Behebung der Mißstände beigetragen hätten. Die Zustände im Geschäftsgang wie auch bei den dringend notwendigen Modernisierungsprojekten seien unverändert, der Bürgermeister sei aufgrund seiner Erkrankung kaum mehr in der Öffentlichkeit zu sehen. Allerdings sei nun im August 1913 auch die bisher hinter Schön stehende Mehrheit bereit, von diesem abzurücken. Tatsächlich war es in einer gemeinsamen Sitzung der gemeindlichen Gremien am 8. August<sup>115</sup> zu einer Konfrontation zwischen dem

<sup>110</sup> Zitate aus der Regierungsentschließung v. 31.8.1911 und dem Visitationsbericht v. 8.7.1911 (StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 16 405). Der Visitationsbericht beurteilte Rechtsrat Klug zwar positiver, aber diesem gestatte Bürgermeister Schön zuwenig Einblick in die Amtsgeschäfte, auch sei Klug mit zuviel formalen Aufgaben belastet, die man auf untergeordnete Bedienstete abwälzen könne.

<sup>111</sup> Der Visitationsbericht forderte eine neue Geschäftsverteilung innerhalb des Magistrats, räumte aber zugleich ein, daß die derzeit herrschenden mißlichen Verhältnisse auch eine Folge von Versäumnissen des Vorgängers Schöns seien, vgl. die zahlreichen Kritikpunkte und Hinweise zur Beschleunigung des Geschäftsganges in der Regierungsentschließung v. 31. 18. 1911 in: StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 16405.

<sup>112</sup> So hatte sich einmal der Stadtkämmerer über einen Beschluß des Magistrats hinweggesetzt, was auf die Mißachtung des Magistratsvorstandes hinweist.

<sup>113</sup> Da sich Bürgermeister Schön im übrigen geweigert hatte, in einer Magistratssitzung vom 21. März 1912 auf Verlangen des Magistratsrats Eberth das Visitationsprotokoll vorzulesen, war es erneut zu einem Konflikt gekommen, da Schön dabei behauptet hatte, „da lasse ich mir von der Regierung nichts einreden“. Schließlich mußte Schön nach Vorstellung der Regierung diese Äußerung zurücknehmen, vgl. Amberger Tagblatt Nr. 81 v. 22. 3. 1912.

<sup>114</sup> Vgl. zum Folgenden auch StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2187 (mit Zeitungsausschnitten, Schriftwechsel, Beschlüssen der Kollegien und v. a. den Bericht der Kreisregierung an das Innenministerium v. 23. 8. 1913).

<sup>115</sup> Laut dem Stadtchronisten war der spätere Rücktritt Schöns wegen „Krankheit und scharfer Angriffe, die am 8. August auf seine Geschäftsführung erfolgten“, zustande gekommen, vgl. Joseph Dollacker, Die Geschichte der Stadt Amberg für die Zeit 1913–1935 (in: StadtA Amberg, Handschriften 19), S. 15. Der Regensburger Anzeiger kommentierte diese Sitzung der Kollegien vom 8. August wie folgt: „Eine derartige Vivisektion eines Bürgermeisters in der Öffentlichkeit dürfte in der Geschichte der Kommunen einzig dastehen.“

Magistrat und den Gemeindebevollmächtigten gekommen, in dessen Verlauf dem Magistrat die Verantwortung für die Mißstände zugeschoben wurde. Offensichtlich waren vorher Beschlüsse<sup>116</sup> der Gemeindebevollmächtigten nicht vorschriftsgemäß an den Magistrat weitergeleitet worden, außerdem beachtete Schön diese Beschlüsse nicht. Nach Auffassung des Gemeindebevollmächtigten Taucher<sup>117</sup> (Zentrum), der 1907 die Wahl Schöns noch mitunterstützt hatte, habe der Bürgermeister aufgrund seiner Dienstunfähigkeit die Beschlüsse des Gemeindegremiums ignoriert.

Der Magistrat lehnte am 29. August eine weitere Urlaubsverlängerung für Schön ab und beschloß einstimmig seine sofortige Ruhestandsversetzung<sup>118</sup>. Als Begründung verwies der Magistrat unter Bezugnahme auf ein amtsärztliches Gutachten auf den beeinträchtigten gesundheitlichen Zustand des Bürgermeisters, der „schon seit Jahren“ bestünde und verantwortlich für die „derzeitigen, unhaltbaren Zustände“ in der Stadtverwaltung sei. Am 14. September bat Schön schließlich um die Versetzung in den Ruhestand, womit er wohl einer Zwangspensionierung zuvorkommen wollte. Nur wenige Tage später nahmen die beiden Kollegien dieses mehr oder weniger erzwungene offizielle Gesuch des Bürgermeisters an.

Die relativ kurze Amtszeit Schöns bedeutete für die Stadt Amberg eine weitere Verzögerung dringend notwendiger infrastruktureller Maßnahmen. Allerdings muß auf die tatsächlich begrenzten städtischen Finanzen sowie die auch von den Vorgängern Schöns nur zögernd vorangetriebenen Modernisierungen als Bedingungen für diese kritische Bilanz verwiesen werden. Die offensichtlich eingeschränkte Dienstfähigkeit des Bürgermeisters nach 1910 mit den bereits erwähnten zahlreichen Verschleppungen, Verzögerungen und dem Ausbleiben jeglicher Initiative verhinderte vor allem den Beginn der jahrzehntelang aufgeschobenen Neukanalisation, dem wichtigsten kommunalen Bauprojekt. Der Zustand der Straßen, insbesondere die ausbleibende Neupflasterung, sowie die ebenfalls noch nicht erfolgte Neuregelung der Hausmüllabfuhr weist auf die unbefriedigenden sanitär-hygienischen Verhältnisse hin. Auch der Ausbau der Wasserversorgung im Ammerthal konnte nur zögernd vorangetrieben werden. Lediglich die 1911 eingerichtete Versorgung der Stadt mit elektrischer Energie aus der Luitpoldhütte kam zustande.

Die Regierung forderte des weiteren mehr Aktivitäten der Stadt auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, insbesondere der Förderung des Kleinwohnungsbaus. Das Ausbleiben jeglicher Initiativen zur Stadterweiterung – Amberg führte bis 1914 keinerlei Eingemeindungen durch – wurde ebenfalls kritisiert. 1908 wurde wegen der wachsenden Schülerzahlen die Mädchenvolksschule errichtet, 1910 begann man mit dem Umbau des Rathauses, nachdem Raummangel und teilweise unhygienische Zustände im alten Gebäude eine Verbesserung erforderlich gemacht hatten.<sup>119</sup>

<sup>116</sup> Es handelte sich um den Bau von Offizierswohnungen in Amberg sowie um den Umbau des Bahnhofs, wobei der Vorstand der Gemeindebevollmächtigten, der Zentrumsvertreter Mayr diese Beschlüsse Schön nur mündlich mitgeteilt hatte.

<sup>117</sup> Vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 219 v. 9. 8. 1913. Taucher zufolge wolle Schön von seiner Krankheit nichts wissen, aber der Magistrat hätte handeln sollen, da es so nicht mehr weiter gehen könne: „Der Grund für all das sei, daß wir seit Jahr und Tag einen kranken Bürgermeister haben, der nach ärztlicher Bescheinigung – es müsse das heute leider einmal gesagt werden – dienstunfähig ist, und zwar nicht bloß körperlich, auch seine Geisteskraft litt unter seiner Krankheit.“

<sup>118</sup> Allerdings wollte man wohl eine Zwangspensionierung vermeiden, da man Schön eine achttägige Frist für eine freiwillige Einreichung seines Pensionsgesuchs einräumte.

<sup>119</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1910/11, S. 10, S. 13; Dollacker, Geschichte 1913–1935, S. 6. 1913 legte man für den Umbau einen Kostenvoranschlag in Höhe von 206 000 Mark fest.

Nach dem mehr oder weniger zwangsweisen Rücktritt Bürgermeister Schöns entschieden sich die Gemeindebevollmächtigten erneut für einen bereits im Dienst der Stadt stehenden Kandidaten, Rechtsrat Dr. Eduard Klug. Klug, katholisch, wurde am 30. September 1878 in Mömlingen/Unterfranken als Sohn eines Privatiers geboren.<sup>120</sup> Nach dem Studium der Rechtswissenschaften war er zunächst von 1902 bis 1905 als Rechtspraktikant tätig, im Dezember 1905 absolvierte er den Staatskonkurs mit der Note II. Anschließend arbeitete er beim Rentamt I in München und von September 1906 bis November 1907 als Regierungsakzessist bei der kgl. Regierung von Mittelfranken in Ansbach. Am 3. Oktober 1907 wurde Klug mit 20 von 27 abgegebenen Stimmen zum rechtskundigen Magistratsrat gewählt.<sup>121</sup> Die Wahl scheint nicht problemlos verlaufen zu sein, denn offensichtlich hatte es im Kollegium aufgrund der politischen Konstellation heftige Auseinandersetzungen gegeben.<sup>122</sup> Nach Ablauf des dreijährigen Provisoriums verzichteten die Gemeindebevollmächtigten auf eine öffentliche Ausschreibung der Stelle, so daß Klug am 20. Juli 1910 mit 26 von 28 abgegebenen Stimmen gewählt wurde. Im September 1909 heiratete er Erna Götz, die Tochter eines Apothekers aus Neumarkt.

Nach dem Rücktritt Bürgermeister Schöns im September 1913 wählten die Gemeindebevollmächtigten am 30. Oktober 1913 Klug zu dessen Nachfolger. Er erzielte mit 17 von 30 abgegebenen Stimmen nur knapp die Mehrheit, sein Gegenkandidat, Rechtsrat Nuißl aus Bamberg, erhielt 12.<sup>123</sup> Am 19. November 1913 erfolgte die kgl. Bestätigung der Wahl. Kurz nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges trat Klug als Hauptmann in den Militärdienst, Versuche der Gremien, ihn wegen der anstehenden „Millionenprojekte“ (Bahnhofsumbau, Kanalisation) zurück ins Amt zu holen, scheiterten jedoch. Auf Bitten der Mehrheit der Kollegien<sup>124</sup> wurde im September 1916 Klug das Dienstdefinitivum verliehen. Am 1. Juli 1916 geriet Klug in französische Gefangenschaft und wurde erst am 7. Februar 1920 wieder entlassen. Zwei Wochen später trat er sein Amt als Bürgermeister wieder an und am

<sup>120</sup> Vgl. zu Klug StadtA Amberg Zug. III/037 (Personalakt); StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 10675; Hannelore Fleißer, Amberg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Amberg 1034–1984 (siehe Anm. 2), S. 323 Anm. 31.

<sup>121</sup> Vgl. auch Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 395.

<sup>122</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Stadtrats Taucher anlässlich des 20jährigen Dienstjubiläums Klugs in Amberg am 29. September 1927, demzufolge die Wahl Klugs „keineswegs glatt von statten“ gegangen sei, was weniger an der Person des zu wählenden Rechtsrats als vielmehr an den politischen Gegebenheiten in den Kollegien gelegen habe. Insbesondere hätten die Parteien versucht, ihren jeweiligen Kandidaten durchzusetzen, vgl. StadtA Amberg Zug. III/037 (Personalakt). Allerdings ging Taucher nicht näher auf diese Konstellationen in den städtischen Gremien ein, in denen zum Zeitpunkt der Wahl das Zentrum unangefochten die Mehrheit innehatte.

<sup>123</sup> Vgl. StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2193; nach Dollacker, Geschichte 1913–1935, S. 5 bekam Klug 16, Nuißl 13 Stimmen. Die frei gewordene Stelle war nach mehrheitlicher Entscheidung der Gemeindebevollmächtigten v. 27. September 1913 öffentlich ausgeschrieben worden. Nach einer Mitteilung des Amberger Tagblatts Nr. 43 v. 28. 10. 1913 hatte die Mehrheit der Gemeindebevollmächtigten zunächst den Bezirksamtman Mann Groß aus Karlstadt als Bürgermeister ins Auge gefaßt, doch dieser zog seine Bewerbung wieder zurück.

<sup>124</sup> Die Mehrheiten für dieses Gesuch an die kgl. Regierung waren in beiden Kollegien (Magistrat: 4 für, 3 dagegen; Gemeindebevollmächtigtengremium: 13 pro, 12 dagegen) sehr knapp, was auf nicht unerhebliche Widerstände gegen Bürgermeister Klug schließen läßt.

11. April wurde er in einer Volkswahl als Bürgermeister bestätigt.<sup>125</sup> Am 1. März 1924 wurde ihm der Titel eines „Oberbürgermeister“ verliehen.<sup>126</sup>

Politisch zählte Klug zum Zentrum bzw. zur Bayerischen Volkspartei, er hat sich aber parteipolitischer Betätigung weitgehend enthalten.<sup>127</sup> Im Verlauf der Gleichschaltung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 erschien auch der amtierende Amberger Bürgermeister Klug nach Meinung der örtlichen NS-Funktionäre nicht mehr tragbar, da er „keine Gewähr für die Durchführung der nationalen Idee“ biete.<sup>128</sup> Am 22. März 1933 wurde er auf Betreiben der Obersten SA-Führung in Amberg von seinem Amt beurlaubt. Am 3. August 1933 wurde auf Antrag der NS-Stadtratsfraktion, die als einzige politische Gruppe im Stadtrat noch vorhanden war, die Ruhestandsversetzung Klugs beschlossen. Der Bürgermeister versuchte aber noch im Amt zu bleiben, doch am 19. Oktober 1933 wurde Klug vom Reichsstatthalter auf Vorschlag der bayerischen Staatsregierung endgültig zwangspensioniert.

Nach Kriegsende setzte ihn die amerikanische Militärregierung im Mai 1946 kurzzeitig als Bürgermeister Ambergs ein, er mußte aber bald aufgrund gesundheitlicher Probleme von seinem Amt zurücktreten. Am 5. Oktober 1946 verstarb er in Erlangen.

Da die Amtszeit Klugs ihren Schwerpunkt nach 1914 hat, braucht hier nur kurz auf deren wichtigsten Ergebnisse eingegangen werden. Klug setzte sich für Industrieansiedlungen ein. Insbesondere die 1919 in der Stadt gegründete Steingutfabrik versuchte er nach ihrer Stilllegung 1926 am Leben zu erhalten<sup>129</sup>, er fand neue Kapitalgeber, so daß im März 1928 die „Steingutfabrik Amberg AG“<sup>130</sup> errichtet werden konnte. Ungeachtet aller städtischen Finanzhilfen (rund eine halbe Million Mark) und persönlicher Bemühungen Klugs war diese Neugründung ein Fehlschlag, die am 6. Dezember 1933 schließlich den Konkurs eröffnen mußte. Erfolgreicher entwickelte sich die ebenfalls von der Stadt mit ins Leben gerufene „Amberger Flaschenhütte AG“. Bürgermeister Klug war auch hier Vorsitzender des Aufsichtsrates. Schließlich konnte in den zwanziger Jahren endgültig die jahrzehntelang umstrittene Kanalisation der Stadt vollendet werden.

<sup>125</sup> Vgl. Christine Plößl, Geschichte der politischen Strömungen in Amberg, 1918–1933, Zulass. Regensburg 1977, ungedruckt, S. 110.

<sup>126</sup> Vgl. Dollacker, Geschichte 1913–1935, S. 226; Abschrift der Verleihungsurkunde des Innenministeriums im obigen Personalakt „Klug“ (vgl. Anm. 120).

<sup>127</sup> So Fleißer, Amberg, S. 344 Anm. 31. Im Zusammenhang mit seinen Auseinandersetzungen mit der Amberger nationalsozialistischen Führungsgruppe um seine Zwangspensionierung 1933 bezeichnete sich Klug selbst als parteipolitisch zurückhaltend, vgl. das Rechtfertigungsschreiben Klugs in: StadtA Amberg Zug. III/037 (Personalakt).

<sup>128</sup> Vgl. zu den Auseinandersetzungen bis zur Zwangspensionierung den Schriftwechsel in: StadtA Amberg Zug. III/037 (Personalakt Dr. Klug) und Fleißer, Amberg, S. 330 ff. Die neuen Machthaber warfen Klug vor, er habe für die Rettung der Steingutfabrik zuviel Geld aufgewendet und dadurch die übrigen Belange der Stadt Amberg vernachlässigt. Klug wies diese Angriffe zurück, insbesondere sei es nicht gerechtfertigt an seiner nationalen Haltung zu zweifeln, auch habe er, trotz Zugehörigkeit zur BVP, unparteiisch sein Amt ausgeübt. 1922 hatte Klug im übrigen eine Ortsgruppe der vaterländischen Wehrbewegung „Altreichsflagge“ gegründet.

<sup>129</sup> Vgl. Nichelmann, Entwicklung, S. 292 ff. Die Steingutfabrik war 1919 von dem Keramiker Waffler gegründet worden, zwei Jahre später von der Ludwig Wessel AG übernommen, jedoch wegen Unrentabilität Ende 1926 stillgelegt worden.

<sup>130</sup> Der größte Anteilseigner dieses neuen Unternehmens war die „Flaschenhütte AG“ Amberg, bei der wiederum die Stadt Amberg selbst die Aktienmehrheit besaß. Oberbürgermeister Klug übernahm den Vorsitz im Aufsichtsrat der „Steingutfabrik“.

## Sachbereiche der Modernisierung

### Die Gasversorgung

Nach kontroversen Diskussionen erhielt Amberg 1861 ein Gaswerk zur Versorgung einer Gasstraßenbeleuchtung.<sup>131</sup> Diese verhältnismäßig späte Einrichtung war auch eine Konsequenz des erst 1859 erfolgten Anschlusses der Stadt an das Eisenbahnnetz, der den Antransport der notwendigen Kohle zur Gaserzeugung ermöglichte. Bereits im Frühjahr 1857 hatten die Kollegien mit dem Direktor des Nürnberger Gaswerkes wegen des Baus einer Anlage Kontakt aufgenommen und im August 1858 forderten sie die Einwohnerschaft Ambergs auf, Aktien für eine zu gründende Gasaktiengesellschaft zu zeichnen, was allerdings nicht auf die erwartete Resonanz stieß. Im November 1860 stimmten die Gemeindebevollmächtigten der Einführung der Gasbeleuchtung in Zusammenarbeit mit dem Nürnberger Gaswerksdirektor Spreng zu. Am 2. März 1861 bildete sich eine „Actiengesellschaft für Gasbeleuchtung in Amberg“ mit einem Aktienkapital von 89000 fl. Da von privater Seite nur wenig Interesse an den Aktien bestand, mußte die Stadt ihren ursprünglichen 60000 fl. Aktienanteil um weitere 19300 fl. erhöhen, so daß sie neben dem Werksdirektor und Erbauer der Anlage Spreng (7000 fl. Anteil) und 2200 fl. von privater Seite den weitaus größten Aktienbesitz aufwies.

Die Gründung einer Aktiengesellschaft<sup>132</sup> für das Gaswerk an der Schießstätte vor dem Nabburger Tor sollte durch die Möglichkeit einer Aktienbeteiligung private Interessenten anlocken, außerdem erwartete man von der Beteiligung des Werksbauers Spreng eine höhere Garantie für die Funktionsfähigkeit der Anlage. Am 5. November 1861 wurde erstmals Gas aus Steinkohle für die Straßenbeleuchtung und auch private Abnehmer produziert.

Allerdings nahm die Gasfabrik in Amberg zunächst keinen positiven Verlauf, so daß sich die städtischen Gremien bereits drei Jahre später zur vollständigen Übernahme der Aktiengesellschaft bereit erklärten.<sup>133</sup> Am 16. Dezember 1863 hatte der Magistrat beschlossen, die restlichen Aktionäre auszubezahlen, damit „das gesamte Gaswerksinstitut in eine ausschließliche Gemeindeanstalt umgewandelt werde“. Der wesentliche Grund für die Übernahme der Gasanstalt lag, was auf die besonderen Verhältnisse in Amberg verweist, in deren Verlusten, so daß in den ersten Jahren keinerlei Dividenden bezahlt werden konnten. Vielmehr mußte die Stadt die den Aktionären zugesicherte Zinsgarantie aus der Gemeindekasse auszahlen. Außerdem

<sup>131</sup> Vgl. zum Folgenden BayHStA München MInn Nr. 54860 (umfangreicher Bericht des Amberger Bürgermeisters Greil v. 17. 8. 1864 anlässlich der geplanten Kommunalisierung des Gaswerkes); Günther Strebler/Hans Schwab, 125 Jahre Gas für Amberg, 75 Jahre Strom. Eine Beilage der Stadtwerke, Amberg 1986, o. S.; Nichelmann, Entwicklung, S. 288.

<sup>132</sup> Vgl. dazu die Argumente des Magistrats in: StadtA Amberg Zug. I/Nr. 1093 (Magistrat an die Gemeindebevollmächtigten v. 25. 1. 1864).

<sup>133</sup> Vgl. zur Übernahme des Gaswerkes durch die Stadt StadtA Amberg Zug. I/Nr. 1093 (enthält die jeweiligen Beschlüsse der Gremien, Schreiben an die Regierung, Protokoll der Übernahme v. 25. 7. 1865, Schriftverkehr des Magistrats mit dem Innenministerium) und StadtA Amberg, Ratsbuch: Sitzungsprotokoll des Magistrats, Band 123, 1863/64 (Protokoll v. 16. 12. 1863); BayHStA München MInn Nr. 54860 (Bericht des Bürgermeisters Greil v. 17. 8. 1864); vgl. auch Verwaltungsbericht 1869, S. 5; Hans-Dieter Brunckhorst, Kommunalisierung im 19. Jahrhundert, dargestellt am Beispiel der Gaswirtschaft in Deutschland, München 1978, S. 194.

war es zwischen der Werksleitung und der Stadt wegen der Geschäftsführung zu Differenzen gekommen.<sup>134</sup> Die geplante Kommunalisierung eines Gaswerkes aufgrund bisheriger Verluste stellte einen in Deutschland sehr seltenen Fall dar, da die Gründe für eine Übernahme in Gemeindeigentum zumeist gerade die guten Erträge dieser Anstalten waren.

Insgesamt mußte die Stadt, nachdem die Gemeindebevollmächtigten doch die vom Magistrat betriebene Kommunalisierung akzeptiert hatten, 91 000 fl. (einschließlich des Anfangskapitals) für den Erwerb der Gasanstalt aufwenden. Diese Schuld sollte durch die Gewinne des Werkes, die Schrannegebühren und die Renten der Sparkasse bis zum Jahre 1908 zurückbezahlt werden.<sup>135</sup> 1882 wurde die noch bestehende Aktiengesellschaft aufgelöst und das Werk nunmehr in die städtische Verwaltung integriert.

Mitte der neunziger Jahre wurde die „brennende“ Frage einer Erneuerung des Gasstraßenrohrnetzes ausgiebig erörtert, da das vorhandene Netz schadhafte geworden war.<sup>136</sup> Diese Renovierungsfrage gab den Anlaß für eine grundsätzliche Debatte, inwieweit man weiter an der Gasbeleuchtung festhalten oder sofort auf das modernere elektrische Licht umsteigen sollte. Die Kollegien<sup>137</sup> akzeptierten 1899 die Vorschläge des Münchner Gaswerkdirektors Schilling, der sich angesichts der Kosten einer Elektrifizierung für den Ausbau des vorhandenen Werkes ausgesprochen hatte. Die Kosten von rund 350 000 Mark sollten durch eine Anleihe gedeckt werden. 1901 wurde der vollständige Umbau des Werkes und die Erneuerung des Gasstraßenrohrnetzes beendet.

Der Magistrat hob zwar stolz hervor, „daß die Stadt nunmehr ein Werk besitzt, welches allen Anforderungen auf lange Zeit hinaus Genüge leisten kann“<sup>138</sup>. Tatsächlich aber mußten schon bald nach dem Umbau erneute Erweiterungen durchgeführt werden (1907–1909), da die Nachfrage nach Gas weiter anstieg.<sup>139</sup> Die Errichtung der städtischen Stromzentrale für den Bezug der elektrischen Energie aus der Luitpoldhütte im Jahre 1911 brachte für das Gaswerk keine Einbußen, da man die Verluste bei den Beleuchtungseinnahmen durch andere Verwendungsmöglichkeiten des Gases ausgleichen konnte.

<sup>134</sup> So verweigerte der Direktor des Werkes die Einsicht in die Rechnungsbücher. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft hatte darüber hinaus vom Magistrat einen Kredit von 2000 fl. gefordert. Nach Meinung der Kreisregierung der Oberpfalz war das Werk aufgrund schadhafter Rohre sowie des fehlenden Absatzes der bei der Gaserzeugung entstehenden Nebenprodukte ein Verlustgeschäft gewesen, vgl. StadtA Amberg Zug. I/Nr. 1093 (Schreiben d. Regierung v. 8. 8. 1865).

<sup>135</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1870, S. 54 f.

<sup>136</sup> Vgl. dazu Verwaltungsbericht 1895/96, S. 34 ff., 1897/98, S. 32, 1899, S. 22 f. Aufgrund des schadhafte Rohrnetzes ging alljährlich eine bedeutende Menge unbezahlten Gases verloren, außerdem erforderte das zu enge Rohrnetz einen hohen Gasdruck, damit das Gas an allen Entnahmestellen mit dem notwendigen Druck abgegeben werden konnte.

<sup>137</sup> Vgl. auch StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2255 (Bericht d. Magistrats an d. Regierung v. 4. 11. 1899). Die notwendige Anleihe für den Umbau sollte durch die erwarteten Einnahmen des Werkes gedeckt werden, das aber bereits vor dem Zeitpunkt des Umbaus jährlich rund 10 000 Mark an die Gemeindekasse ablieferte.

<sup>138</sup> Verwaltungsbericht 1901, S. 23.

<sup>139</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1906/07, S. 41, 1902, S. 32 f. Da die Zahl der Gasabnehmer fast täglich wuchs, konnte bereits 1902 der Gaspreis verbilligt werden.

1869 erzeugte das Werk 3 896 800 Kubikfuß Gas (97 420 cbm), 135 Gaslaternen wurden eingerichtet. 1911 war die Zahl der Gaslaternen auf 414 gestiegen, der Gasverbrauch betrug 1914 638 296 cbm.<sup>140</sup>

### *Die Wasserversorgung*

Aufgrund der wachsenden Einwohnerzahl kam es in Amberg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Engpässen in der Wasserversorgung, außerdem wurde wegen verschiedentlich aufgetretener Cholera- und Typhusepidemien die Qualität des örtlichen Trinkwassers bemängelt.<sup>141</sup> Die Trinkwasserversorgung erfolgte bis dahin durch Pumpbrunnen im Stadtgebiet und eine künstliche Zuleitung, die zwei öffentliche Laufbrunnen speiste. Nachdem man Anfang der siebziger Jahre eine mögliche Beeinträchtigung des Trinkwassers infolge einer Infizierung des Bodens eingeräumt hatte, verlangten die Gemeindebevollmächtigten 1872 vom Magistrat, „daß die Stadt zu ihrer Speisung besseren Wassers bedürfe und daß die von Sachverständigen als unerschöpflich bezeichnete Fürstenquelle [im Stadtsüden] zum Bedürfnisse geworden sei“<sup>142</sup>. Wasseruntersuchungen ergaben, daß von 44 Brunnen lediglich sechs ein sehr gutes, sechs ein gutes, zehn ein mittelmäßiges und die restlichen 22 nur über schlechtes Wasser verfügten.<sup>143</sup>

Die mit der Ausarbeitung eines Projektes für eine zentrale Trinkwasserversorgung beauftragten Dresdner Ingenieure Thiem und Gruner, die auch in verschiedenen anderen bayerischen Städten Wasserversorgungsanlagen bauten, bezifferten im September 1873 das Projekt der Fürstenquelle auf rund 207 000 fl. Aber diese Summe erschien den städtischen Gremien ungeachtet der negativen Untersuchungsergebnisse über das Brunnenwasser als zu hoch, so daß man das Vorhaben nicht in Angriff nahm.<sup>144</sup> Auch eine von Bürgermeister König angeregte spezielle gemeindliche Kommission konstatierte zwar die „Calamität des schlechten Trinkwassers“, konnte sich aber angesichts des Widerstandes aus der Bürgerschaft zu keiner durchgreifenden Initiative entschließen. 1880 berichtete König der Regierung, daß der Bau der Wasserleitung aus finanziellen Gründen nicht möglich sei, eine Verbesserung der Trinkwasserqualität versprach er sich jedoch von einer durchgreifenden Änderung der sanitären Verhältnisse, denn die Verschlechterung des Wassers sei

<sup>140</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1869; Denkschrift über die Tätigkeit der Stadtverwaltung Amberg in 17 Kriegsmonaten, Amberg 1916, S. 81.

<sup>141</sup> Vgl. dazu Hans Schwab, Wasser für Amberg – gestern und heute, in: Adreßbuch der Stadt Amberg 1969; Nichelmann, Entwicklung, S. 288 f.

<sup>142</sup> Verwaltungsbericht 1874/75, S. 6; vgl. zu den folgenden Aktivitäten 1872/73 auch StadtA Amberg Zug. II/ Nr. 3931.

<sup>143</sup> Vgl. zum Folgenden Verwaltungsbericht 1874/75, S. 6 f.; Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 133, S. 151; die Untersuchung der Brunnen hatte der Gewerbeschullehrer Dr. Schober durchgeführt, der dabei auf das Problem des durchlässigen Untergrunds Ambergs verwies, der wiederum durch Jauche und menschliche Exkremete verhältnismäßig leicht verunreinigt werde, was sich auf die Qualität des Trinkwassers negativ auswirke, vgl. StadtA Amberg Zug. II/ Nr. 3931 (Gutachten v. 19. 6. 1872).

<sup>144</sup> Lapidar bemerkte der Magistrat dazu 1874: „Bei diesem Projekt hat es zur Zeit sein Bewenden“, Verwaltungsbericht 1874/75, S. 7. Neben den Kosten sprachen sich die Gremien auch aufgrund des hohen Härtegrades des Wassers der Fürstenquelle gegen das dortige Projekt aus, da deren Wasser zwar als Trinkwasser, aber nicht zu industriellen Zwecken brauchbar sei. Aus den Reihen der Gemeindebevollmächtigten waren außerdem Stimmen laut geworden, die sich weiterhin mit dem Brunnenwasser zufrieden zeigten.

eine Folge „der früheren geradezu ungeheuerlichen Art der Canalisierung und der Anlage von Abtritts- und Dunggruben“<sup>145</sup>.

Es vergingen jedoch nahezu weitere zwanzig Jahre, bevor die Stadt endgültig eine zentrale Wasserversorgung erhielt, wobei erst eine im Frühjahr 1891 erneut aufgetretene Typhusepidemie, die auch die ortsansässige Garnison erfaßt und eindringliche Aufforderungen der Regierung hervorgerufen hatte, den Ausschlag gab.<sup>146</sup> Im März 1893 sprachen sich die beiden Kollegien entsprechend den Gutachten des Büros für Wasserversorgung beim kgl. Staatsministerium des Innern für eine Anlage aus dem Quellgebiet des Krumbach bei Urspring zehn Kilometer nördlich der Stadt aus. Die Projektausarbeitung für das rund 700 000 Mark teure Unternehmen<sup>147</sup> übernahm Ingenieur Kullmann aus Nürnberg, der auch in Fürth, Erlangen, Hof, Bayreuth und Neuburg Wasserwerke erbaut hatte. Man faßte die rund acht Kilometer entfernten Quellen des Krumbachs bei Urspring und leitete das (Grund-)Wasser mittels des natürlichen Gefälles in Gußrohrleitungen in das Hochreservoir am Anger an der Westseite des Galgenberges (1500 cbm), von dem aus zwei Rohrleitungen für die beiden Stadtteile zu beiden Seiten der Vils wegführten. Lediglich zur Versorgung des Mariahilfsberges war eine Hebung des Wassers notwendig. Am 2. Oktober 1893 wurde mit einem großen „Wasserfest“ die Leitung eingeweiht, deren Rohrnetz von 22 494 Meter (1894) auf 31 600 Meter (1911) anwuchs.<sup>148</sup> Ende 1893 waren bereits 743 Anwesen, 1910 1330 angeschlossen. Das Wasserwerk brachte jährlich zwischen 22 und 26 000 Mark Gewinn. 1894 wurden 320 000 cbm Wasser abgegeben.

Nach rund zwanzig Jahren erreichte die Wasserversorgungsanlage aufgrund des weiter zunehmenden Wasserverbrauchs jedoch ihre Kapazitätsgrenze. Nach Probebohrungen am Rande des Ammerthaler Bachgrundes von 1911 bis 1914 begann man mit dem Bau eines weiteren Wasserwerkes, das 1917 vollendet wurde. Im Jahre 1919 stammten aus dem Werk im Ammerthal 128 000 cbm, aus dem Werk bei Urspring rund 490 000 cbm Wasser.<sup>149</sup>

<sup>145</sup> StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2188 (Schreiben Königs an d. Reg. v. 15. 7. 1880).

<sup>146</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1892, S. 12 ff.; Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 256; nach Dollacker war die Ursache der Typhuserkrankungen die infizierte Kanäle, deren Abwasser in die Trinkwasserbrunnen eingedrungen sei. Vgl. zu den erheblichen sanitären Problemen in der Stadt und den jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit der Regierung von Oberpfalz und Regensburg unten den Abschnitt über die Kanalisierung.

<sup>147</sup> Eine Wasserversorgung durch die oben erwähnte Fürstenquelle wäre zunächst wohl billiger gewesen, doch längerfristig hätte man zur Wasserförderung Pumpen benötigt, die wiederum den laufenden Betrieb verteuert hätten. Das in Urspring gefaßte Quellwasser hingegen lief im freien Gefälle in die Stadt, so daß lediglich für die höher gelegenen Stadtteile ein Zwischenpumpwerk erforderlich war, vgl. Schwab, Wasser.

<sup>148</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1893/94, S. 15 ff. (mit Beschreibung der Anlage). Die Zahlen nach den Angaben in den jeweiligen Verwaltungsberichten; vgl. auch Ernst Grahn, Die städtische Wasserversorgung im Deutschen Reich sowie in einigen Nachbarländern. Erster Band: Kgr. Preußen, Zweiter Band, erstes Heft: Kgr. Bayern, Zweiter Band, zweites Heft: Die deutschen Staaten außer Preußen, München, Leipzig 1898/1899–1902, S. 91.

<sup>149</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1910/11, S. 12; Dollacker, Geschichte 1913–1935, S. 27. Auch 1910 verzichtete man auf eine Ausbeutung der Fürstenquelle, da man nunmehr wegen der zunehmenden Bebauung der dortigen Grundstücke eine dauernde Reinheit des Wassers nicht gewährleisten konnte.

### *Die Elektrizitätsversorgung*

Zwar brannte im Dezember 1882 in einem privaten Ladengeschäft in Amberg erstmals elektrisches Licht, aber bis zur endgültigen Einführung der neuen Energie in der Stadt vergingen noch viele Jahre.<sup>150</sup> Im Jahre 1895 wurde anlässlich der geplanten Erneuerung des Gasrohrnetzes überlegt, ob man nicht gleich auf elektrische Beleuchtung umsteigen solle.<sup>151</sup> Allerdings verzichtete man angesichts des Fehlens einer für Stromerzeugung vorteilhaften Wasserkraft auf die „Kostspieligkeit“<sup>152</sup> dieser Investition. Die städtischen Gremien setzten offensichtlich weiter auf das bereits in städtischem Besitz befindliche Gaswerk, eine Konkurrenz für dieses Werk wollte man zunächst verhindern.<sup>153</sup>

Es dauerte schließlich noch mehr als zehn Jahre, bevor nach einem „dringenden Wunsche weiter Bevölkerungskreise der Stadt Amberg nach Errichtung eines Elektrizitätswerkes“<sup>154</sup> die neue Energie in die Stadt gelangte. Die Bürgerschaft, insbesondere der örtliche Gewerbeverein, konnten die Zurückhaltung der städtischen Gremien überwinden. Die Stadt nahm Verhandlungen mit dem kgl. Berg- und Hüttenamt auf, da man den Strom aus der Gaskraftzentrale des Hüttenwerkes Luitpoldhütte<sup>155</sup> beziehen wollte. Nachdem die Kollegien am 22. Februar 1911 in einer gemeinschaftlichen Sitzung den Strombezug von der Luitpoldhütte beschlossen hatten, kam am 29. März mit dem Hüttenwerk ein entsprechender Vertrag zustande. Die Stadt verpflichtete sich auf 25 Jahre zur Abnahme von mindestens 200 000 KWSt. jährlich. Zur Verteilung des vom Werk bezogenen Stromes ließ sie von den Siemens-Schuckert-Werken eine Elektrizitätszentrale errichten, die mit einem 300 000 Mark Darlehen finanziert wurde.

Am 22. Dezember 1911 begann die Stromversorgung Ambergs, an die sich bald zahlreiche Abnehmer anschlossen. Bereits 1914<sup>156</sup> nahm die Stadt mit 350 360 KWSt. eine weit größere als die vertraglich vereinbarte Strommenge ab.

### *Die Kanalisierung*

Eine umfassende, einheitliche Neukanalisierung der Stadt Amberg stellte das am heftigsten umstrittene, immer wieder verschobene Projekt bis zum Ersten Weltkrieg dar. Erst nach 1914 konnte nach anhaltendem, massivem Druck der Kreisregierung der Oberpfalz mit dieser notwendigen sanitären Modernisierung begonnen werden. Die Verhältnisse bei der Abwasser- bzw. Fäkalienbeseitigung waren in Amberg sehr bedenklich, da vielfach die menschlichen Exkremete ohne jegliche Klärung in den

<sup>150</sup> Vgl. Dollacker, *Geschichte 1913–1935*, S. 195; zum Folgenden Nichelmann, *Entwicklung*, S. 289; Toni Siegert, *Elektrizität in Ostbayern. Die Oberpfalz von den Anfängen bis 1945* (Schriftenreihe des Bergbau- und Industriemuseums Ostbayern 6), Theuern 1985, S. 28 ff.

<sup>151</sup> Vgl. *Verwaltungsbericht 1895/96*, S. 36.

<sup>152</sup> *StAAm Reg. d. Opf., K.d.F., Abgabe 1949, Nr. 2 255* (Bericht des Magistrats v. 4. 11. 1899).

<sup>153</sup> Vgl. auch Strebel/Schwab, *125 Jahre Gas*, o. S. 65 ff.

<sup>154</sup> *Verwaltungsbericht 1910/11*, S. 12.

<sup>155</sup> Drei Gasgeneratoren wandelten das überschüssige Gichtgas des Hochofenbetriebs in Strom um, vgl. auch Nichelmann, *Erzberg*, S. 236 f.

<sup>156</sup> Vgl. *Denkschrift*, S. 76.

Spitalgraben, Stadtgraben oder gleich in die träge laufende Vils eingeleitet wurden.<sup>157</sup>

Nachdem eine im Sommer 1891 aufgetretene Typhusepidemie bis 1895 66 Todesfälle gefordert und auch die ortsansässige Garnison in Mitleidenschaft gezogen hatte, rückte die Frage einer umfassenden Kanalisation in den Mittelpunkt. Bereits im Juli 1891 hatte die Regierung eine verbesserte Kanalisation und Fäkalienabfuhr sowie eine neue städtische Wasserleitung verlangt. Da der Magistrat zunächst nur wenig aktiv war, verschärfte sich der Konflikt bis zur Drohung des Innenministeriums mit einem Abzug der Garnison.<sup>158</sup> Am 10. Oktober 1892<sup>159</sup> räumten die städtischen Kollegien in einer gemeinschaftlichen Sitzung ein, daß das vorhandene Kanalnetz – 1500 Meter gemauerte Rohre und 6000 Meter Zementrohre – ungenügend sei. Man beauftragte einen Techniker mit der Ausarbeitung eines Kanalisationsprojektes, schloß aber zugleich vor allem wegen der Kosten die Einführung der Schwemmkanalisation aus. Lediglich eine Verbesserung der bestehenden Kanäle hielt man für durchführbar.

1895 legte der beauftragte<sup>160</sup> Ingenieur Kullmann aus Nürnberg, der auch die Amberger Wasserleitung gebaut hatte, ein entsprechendes Projekt mit einem Kostenaufwand von 700 bis 800 000 Mark vor. Allerdings blieben weitere konkrete Schritte aus, obwohl die Regierung immer wieder dem Magistrat den Bau nahelegte. Die Kollegien<sup>161</sup> und auch Bürgermeister Heldmann wiesen in ihren Rechtfertigungen regelmäßig auf die finanzielle Lage Ambergs hin, die einem derartigen Projekt entgegenstünden. Die Regierung anerkannte zwar die prekäre Finanzsituation der Stadt, hielt aber dennoch eine „entschiedene aufsichtliche Betreibung der Sache“<sup>162</sup> weiterhin für unverzichtbar.

Um die teure biologische Reinigung<sup>163</sup> der Abwässer zu umgehen, erwog man seit 1905 auf Vorschlag der Gemeindebevollmächtigten eine Kanalisierung mit Hilfe einer Rieselfeldanlage. Doch erst im Juni 1911 beschloß der Magistrat grundsätzlich, daß mit dem Bau einer „ganz modernen Kanalisation spätestens am 1. April

<sup>157</sup> Vgl. Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 442: zum Folgenden StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 17 371 (Berichte des Magistrats an d. Regierung, Beschlüsse der Kollegien, Schriftwechsel, Regierungsentschließungen); Braun, Amberg, S. 214 f. (zur Frage des Abzugs der Garnison wegen der sanitären Zustände).

<sup>158</sup> Als auch Angehörige des Reiterregiments von den Erkrankungen betroffen worden waren, kehrte im Sommer 1892 das Reiterregiment nach einem Manöver nicht mehr nach Amberg zurück, sondern wurde nach Bayreuth verlegt. vgl. auch Heribert Batzl, 250 Jahre Garnison in Amberg, Kallmünz 1965, S. 82.

<sup>159</sup> Vgl. Bericht Heldmanns v. 18. 10. 1892 an die Regierung in: StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 17 371.

<sup>160</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1893/94, S. 12. Im Gemeindevahlkampf 1893 wies der führende Zentrumsvertreter Mayr den Vorwurf der Untätigkeit der Stadt zurück. Er erinnerte an die Probleme des in Amberg fehlenden Gefälles und der damit zusammenhängenden höheren Kosten, vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 304 (1893).

<sup>161</sup> So forderte der Gemeindebevollmächtigte Bös (Zentrum) einen vorsichtigen Kanalisationsbau, um die städtischen Finanzen zu schonen, vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 302 v. 3. 11. 1905.

<sup>162</sup> StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 17 371 (Inspektionstagebuch des Regierungspräs. Brettreich v. 25. 7. 1905).

<sup>163</sup> Eine bloße Einleitung der Abwässer in die träge und bereits stark verschmutzte Vils ohne ausreichende Klärung war kaum mehr möglich, außerdem war für diesen Fall mit gerichtlichen Auseinandersetzungen mit den benachbarten Landgemeinden zu rechnen.

1914 begonnen werden soll“<sup>164</sup>. Doch auch in den nächsten Jahren war umstritten, welche Art von Kanalisation letztlich verwirklicht werden solle.<sup>165</sup>

Im September 1913 gab man das Projekt einer Rieselanlage wieder auf und entschied sich nunmehr für eine Neukanalisation nach dem Schwemm- bzw. Trennsystem mit der Klärung der Abwässer durch Fischteiche.<sup>166</sup> Die Kreisregierung genehmigte dafür einen Kredit in Höhe von 500 000 Mark, aber aufgrund weiterer Verzögerungen konnte mit der Kanalisierung erst nach 1914 begonnen werden. Bis 1918 wurde – unter Einsatz von Kriegsgefangenen – die Pumpstationsanlage und das Hauptrohrnetz fertiggestellt.<sup>167</sup> Zur mechanischen Klärung der Abwässer begann man Ende 1915 mit dem Bau der Abwasser-Fischteiche. Bis Ende 1920 wandte die Stadt für die nahezu fertige Neukanalisation rund 6,5 Millionen Mark auf.

Wegen unhaltbarer Zustände bei den Schlachtungen in der Stadt war in den achtziger Jahren auch der Bau eines städtischen Schlachthofes unaufschiebbar geworden.<sup>168</sup> Letztendlich hatte auch hier die Regierung der Oberpfalz auf die Verwirklichung des Projekts gedrängt.<sup>169</sup> 1889 begann der Bau und am 1. September 1890 wurde das rund 320 000 Mark teure Schlachthaus eröffnet. Im Jahre 1906 wurde weiterhin eine Schlachthofkühlanlage errichtet (175 000 Mark).

### *Schulbauten*

Das rasche Wachstum der Einwohnerschaft Ambergs vor allem seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts erforderte auch auf dem Gebiet der hier interessierenden Volksschule notwendige Investitionen. Im Jahre 1870 bestanden drei Schul-

<sup>164</sup> Verwaltungsbericht 1910/11, S. 67. Bürgermeister Schön rechtfertigte seine mangelnden Aktivitäten auf diesem Gebiet mit zeitlicher Überlastung und den zu erwartenden finanziellen Belastungen eines derartigen Projekts, vgl. die zahlreichen Monitorien der Regierung in Regensburg in: StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 17 371; Die bereits oben im Abschnitt über Bürgermeister Schön ausführlicher dargelegte Visitation des Magistrats Amberg durch die Regierung der Oberpfalz vom Mai 1911 kritisierte scharf die weiterhin bestehenden Mißstände am Spitalgraben und Stadtgraben, wo Exkremete ohne jegliche Klärung eingeleitet werden. Dadurch werde auch die Vils, in die die Gräben einmündeten, nachhaltig geschädigt. Nach einem Gutachten der „Biologischen Versuchsstation München“ v. 1. 3. 1912 war der Fischbestand in der Vils 1910 nahezu vernichtet und eine „hochgradige Verschmutzung des Flusses festgestellt“, ebda.

<sup>165</sup> Der Berliner Ingenieur Zeiss, der im März und Dezember 1912 Vorträge im Magistrat über die Kanalisation hielt, schlug für die höher gelegenen Stadtteile das Schwemmsystem, für die tiefer gelegene Altstadt ein Trennsystem vor, d.h. jeweils eigene Kanäle für die Meteorabwässer und für die Hausabwässer und Fäkalien. Da die Vils zu wenig Gefälle aufwies, sprach sich Zeiss gegen eine bloße mechanische Klärung mit Einleitung in den Fluß aus und hielt demgegenüber eine Klärung durch Rieselfelder für die beste Lösung. Die Ableitung der Fäkalien sollte auf geeignete Felder und Wiesen – Rieselfelder – erfolgen. Man plante deshalb, den städtischen Wald hinter dem Haidweiher als Rieselfeld heranzuziehen, vgl. Amberger Volkszeitung Nr. 11 v. 12. 1. 1913.

<sup>166</sup> Vgl. Dollacker, Geschichte 1913–1935, S. 9, S. 28.

<sup>167</sup> Vgl. Denkschrift, S. 37; Verwaltungsbericht 1919/20, o. S., in: StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 16 411.

<sup>168</sup> Vgl. dazu Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 234, S. 238, S. 244.

<sup>169</sup> Vgl. oben das Kapitel politische Parteien und Gemeindevahlen (Anmerkung zur Gemeindevahl 1893).

inspektionen<sup>170</sup> für die Volksschulen, die katholische deutsche Schule (Inspektion I), die Waisenhauschule (Inspektion II) und die protestantische deutsche Schule (Inspektion III). Für die Volksschüler stand ein „Zentralschulhaus“ im Salestianerinnenkloster zur Verfügung. Die evangelische Schule<sup>171</sup> war seit Gründung der evangelischen Gemeinde 1851 zunächst noch in angemieteten, privaten Räumen untergebracht worden, 1879 wurden die evangelischen Knaben aber in das neue Schulgebäude in der Ziegelgasse miteinbezogen. Die Volksschülerzahlen entwickelten sich in der Stadt Amberg wie folgt:<sup>172</sup>

	Kath. Werktagsschüler	Evang. Werktagsschüler
1871:	894	59
1900/01:	2010	495
1909/10:	2643	544

Wegen der gestiegenen Schülerzahlen baute die Stadt bis 1910 drei neue Volksschulen:<sup>173</sup> 1879 ein neues Schulgebäude für alle katholischen und evangelischen Knabeklassen in der Ziegelgasse, 1902 die Luitpoldschule vor dem Wingershofer Tor und 1906/08 die neue katholische Mädchenschule oberhalb des Marktplatzes vor dem Vilstor („Max-Josef-Schule“).

Diese Neubauten mußten auch in Amberg durch Kredit- bzw. Anleiheaufnahmen finanziert werden, da die laufenden Einnahmen des Stadthaushalts bei weitem nicht ausreichten. Der Aufwand für den Unterhalt und Betrieb der örtlichen Volksschule blieb in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen, so mußte die Stadt im Jahre 1890<sup>174</sup> bei 45622 Mark Gesamtausgaben 24676 Mark aus Stiftungs- und Gemeindemitteln beisteuern, 8819 Mark stammten aus staatlichen Zuschüssen und 12127 Mark von den in unserem Zeitraum durchgehend erhobenen Schulgeldern. Der städtische Zuschuß zur Realschule betrug 1890 3704 Mark.

Neben dem Volksschulwesen sei noch kurz auf zwei andere Bildungseinrichtungen eingegangen, zu denen die Stadt finanzielle Beiträge leistete.<sup>175</sup> Seit 1774 besaß Amberg eine „Realschule“, die 1816 in eine „Höhere Bürgerschule“ umgewandelt wurde. 1833 wurde daraus eine „Kgl. Landwirtschafts- und Gewerbeschule II. Klasse“, die zwar vom Staat unterhalten wurde, aber dennoch auch städtische Zuschüsse erhielt. Sie war noch im „Zentralschulhaus“ am Schrankenplatz untergebracht, 1855 aber erwarb die Stadt ein Gebäude in der Salzgasse, um die räumliche Situation zu verbessern. Ab 1864 führte die Schule den Namen „Gewerbeschule“ mit überwiegend naturwissenschaftlicher Ausrichtung. 1877 wurde sie auch in Amberg in eine sechsklassige Realschule umgewandelt. Aufgrund finanzieller Probleme konnte sie aber erst 1894 ihren Betrieb aufnehmen.

<sup>170</sup> Vgl. StAAM Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 10 926.

<sup>171</sup> Vgl. dazu Rainer A. Müller, Das Schulwesen der Stadt Amberg, in: Amberg 1034–1984 (siehe Anm. 2), S. 170.

<sup>172</sup> Vgl. StAAM Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 10926 (1900/1901), Verwaltungsbericht 1910/11, S. 8. Zu den Zahlen kommen noch die Waisenhauschüler (1871: 46, 1910: 33).

<sup>173</sup> Vgl. dazu Verwaltungsbericht 1902/03, S. 10, 1906/07, S. 60; Müller, Das Schulwesen, S. 170f.

<sup>174</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1890.

<sup>175</sup> Vgl. Müller, Das Schulwesen, S. 176 ff. Die Entwicklung des Gymnasiums braucht hier nicht weiter verfolgt zu werden.

Seit 1839 betrieben die Armen Schulschwestern auch eine höhere Mädchenschule, die aber keine besondere Rolle erlangte. Seit 1. Oktober 1880 besaß Amberg eine staatliche Lehrerbildungsanstalt, für die die Stadt unentgeltlich einen Bauplatz zur Verfügung gestellt hatte.<sup>176</sup>

### *Zur städtischen Wohnungspolitik*

Der Bahnbau seit 1856 und der seitdem einsetzende wirtschaftliche Aufschwung Ambergs brachte eine Bevölkerungsvermehrung, so daß im Folgenden nach den Wohnverhältnissen und der städtischen Wohnungspolitik zu fragen ist. Nach der Zahl der Häuser stellte das Spitalviertel im Laufe des 19. Jahrhunderts den dichtest besiedelsten Stadtteil dar, seit 1890 bildeten sich mit dem Katharinenviertel im Nordwesten und dem Dreifaltigkeitsviertel im Südosten weitere schnell wachsende Stadtteile heraus.<sup>177</sup> Der Magistrat räumte 1906 zwar sanitär-hygienische Mißstände wie mangelhafte Abortanlagen und Feuchtigkeit in Wohn- und Schlafräumen ein, aber weitergehendere Aktivitäten blieben aus.<sup>178</sup> Im April 1908 berichtete Bürgermeister Schön, daß ein „riesiger Mangel an Wohnungen für Offiziere und Beamte bestand“, weshalb die Kollegien beschlossen hatten, ortsansässige Baumeister für den Bau von Wohnhäusern mit Darlehen zu unterstützen.<sup>179</sup> 1911 legte die Kreisregierung<sup>180</sup> der Stadt erneut nahe, von sich aus eine aktivere Wohnungspolitik zu betreiben. Man schlug vor, den Bau von Kleinwohnungen durch die Abgabe verbilligten Baugrundes zu Eigentum oder Erbpacht an gemeinnützige Bauvereine oder eventuell auch an private Interessenten zu fördern. Erst 1913 stellte die Stadt im übrigen einen hauptamtlichen Wohnungsinspektor an.<sup>181</sup>

Im Jahre 1905 gründeten sich in Amberg gemeinnützige Baugenossenschaften, nämlich ein „Mietbewohner- und Bauverein Amberg und Umgebung, E. GMBH“ und ein „Bau- und Sparverein der Gewerfabrikarbeiter zu Amberg, E. GMBH“, die in den nächsten Jahren eine Anzahl Wohnhäuser errichteten.<sup>182</sup> Die Stadt unterstützte diese Aktivitäten mit Erleichterungen bei den Straßenherstellungskosten, Gas- und Kanalisationsanschlüssen sowie durch die Vergabe von billigen Darlehen an private Bauherren. Bis 1910 wendete die Stadt für diese Förderung des Kleinwohnungsbaus rund 20000 Mark auf.<sup>183</sup>

Da die Stadt selbst keinerlei Wohnungsbauten durchführte, mußten die größeren ortsansässigen Unternehmen Werkwohnungen für ihre Belegschaft errichten. Die

<sup>176</sup> Vgl. Müller, Das Schulwesen, S. 184 f.

<sup>177</sup> Vgl. Klinger, Die Bevölkerungsbewegung, S. 121 ff.

<sup>178</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1906/07, S. 20; vgl. auch Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, hg. v. Verein für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in München (e. V.), München Jahrgang 5 (1907/08) S. 122. Eine umfassende Wohnungserhebung, die nähere Aufschlüsse über die wesentlichen Wohnungsprobleme der Stadt vermitteln könnte, kam in Amberg nicht zustande.

<sup>179</sup> Vgl. StAAM Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 2242 (Schreiben Schöns v. 8. 4. 1908 an die Regierung).

<sup>180</sup> Vgl. den Visitationsbericht vom 8. 7. 1911 in: StAAM Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 16 405, vgl. auch die Regierungsentschließung v. 6. 1. 1903 in: StAAM Reg. d. Opf., K.d.I., Nr. 16 405.

<sup>181</sup> Vgl. Zeitschrift für Wohnungswesen 2 (1904/05) S. 109, 11 (1913) S. 226.

<sup>182</sup> Vgl. Zeitschrift für Wohnungswesen 5 (1907/08) S. 54 f.; zu den Aktivitäten der Vereine, die bis 1909/10 42 bzw. 60 Wohnungen errichteten, vgl. Zeitschrift für Wohnungswesen 7 (1909/10) S. 136 f., 11 (1913) S. 247.

<sup>183</sup> Vgl. Zeitschrift für Wohnungswesen 5 (1907/08) S. 54 f., 7 (1909/10) S. 115.

Emailfabrik Baumann<sup>184</sup> stellte das größte Kontingent an Arbeiterwohnungen zur Verfügung. Die letztendlich auch von Bürgermeister Heldmann eingeräumte Wohnungsnot in Amberg führte im November 1903 zu einer Debatte im bayerischen Landtag, denn der schnelle Anstieg der Arbeiterzahlen in der Gewehrfabrik hatte 1903 den bereits vorhandenen Wohnungsmangel in der Stadt weiter verschärft.<sup>185</sup> Nach anfänglichen Zögern des Kriegsministeriums baute dieses dann 1906/07 an der Drahthammerstraße fünf Arbeiterhäuser mit Gartenanteilen und Waschküchen, deren Mieten unter dem ortsüblichen Niveau lagen. Das Kriegsministerium sah die Arbeiterhäuser vorrangig für ältere, qualifiziertere Arbeitskräfte vor, die bei einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen nicht sofort entlassen werden sollten.

1907 beabsichtigte die Regierung für die Arbeiter des staatlichen Berg- und Hüttenwerks Häuser zu bauen, doch nach einem Einspruch des Magistrats wegen gesundheitlicher Bedenken aufgrund der Lage der geplanten Häuser verzögerte sich dieses Vorhaben.<sup>186</sup> Erst 1911 begann man mit dem Bau von Arbeiterwohnhäusern für die Beschäftigten des Berg- und Hüttenwerkes nordwestlich der Fabrikanlagen (Siedlung „Luitpoldhöhe“).

Die Aktivitäten der örtlichen Großunternehmen und der Wohnungsbaugenossenschaften, also nicht unmittelbare Leistungen der Stadt selbst, waren dafür verantwortlich, daß sich seit 1912 der Wohnungsmarkt in der Stadt entspannte. Auch von einer Überfüllung der Wohnungen mit Schlafgängern und Aftermietern wurde weniger berichtet.<sup>187</sup> Von 1912 bis 1914 allerdings verzeichnete die Bautätigkeit einen deutlichen Rückgang und unmittelbar nach Kriegsbeginn war die Bautätigkeit „gleich null“.<sup>188</sup>

### *Weitere sozialpolitische Modernisierungen*

Am 30. Dezember 1899 erhielt der Magistrat der Stadt von der Kreisregierung den Auftrag, die Errichtung eines Arbeitsamtes in Erwägung zu ziehen.<sup>189</sup> Nach zunächst ablehnender Stellungnahme des Magistrats einigten sich die beiden Kollegien im Mai bzw. Juni 1900 auf die Einrichtung eines Arbeitsamtes, welches am 10. Juni 1901 eröffnet wurde. Da dieser Arbeitsnachweis aber nur nebenamtlich betrieben wurde, führte er in den nächsten Jahren ein Schattendasein. Bei der III. Kreis-konferenz der oberpfälzischen Arbeitsnachweise im Juni 1905 in Weiden berichtete

<sup>184</sup> Vgl. Müller, Arbeiterleben, S. 79 f.

<sup>185</sup> Vgl. zum Folgenden Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1903/04, Band 11, S. 657 ff. (Redebeiträge der Abgeordneten Schirmer, Sir, Merkel, Lerno). Laut Schirmer habe der Amberger Bürgermeister Heldmann in einer Versammlung der Gewehrfabrikarbeiter zugegeben, daß insgesamt 60 bis 90 Wohnungen in der Stadt fehlten. Vgl. dazu auch Braun, Amberg, S. 210 f.

<sup>186</sup> Vgl. Dollacker, Geschichte 1864–1912, S. 397; Nichelmann, Entwicklung, S. 287.

<sup>187</sup> 1910 registrierte der Magistrat zwar keine verbreitete Überfüllung mit Aftermietern oder Schlafgängern, allerdings seien Wohnungen mit hohen Kinderzahlen bei gleichzeitig geringem Einkommen doch oftmals weit überbelegt, vgl. Verwaltungsbericht 1910/11, S. 22 f.

<sup>188</sup> Vgl. Denkschrift, S. 74. Die Zahl der errichteten Wohnungen sank von 119 (1912) auf 37 (1914); vgl. auch Zeitschrift für Wohnungswesen 10 (1912) S. 22, demzufolge wegen der erwarteten stärkeren Heranziehung der Hausbesitzer zu den Gemeindeflächen ein Rückgang beim Wohnungsbau befürchtet wurde.

<sup>189</sup> Vgl. zum Folgenden StAAM Reg. d. Opf., Nr. 16 411 (1. Jahresbericht des Arbeitsamtes 1919 zur Vorgeschichte); StAAM Reg. d. Opf., K. d. I., Abgabe 1949, Nr. 5425.

der Amberger Rechtsrat Schön, daß der unbefriedigende Zustand des Amberger Amtes vor allem auf die fabrikeigene Vermittlungstätigkeit der großen ortsansässigen Unternehmen Gebrüder Baumann und der Steingut- und Porzellanfabrik Kick zurückzuführen sei, die ihre Arbeitskräfte selbst rekrutierten. Aufgrund der niedrigen Vermittlungszahlen in Amberg forderte die Kreisregierung den Magistrat auf, sich mehr um den Arbeitsnachweis zu kümmern.<sup>190</sup> Dieser wiederum räumte zwar die geringe Vermittlungstätigkeit des städtischen Nachweises ein, bemerkte aber lapidar „allein dies ist unseres Erachtens erfreulich, zeigt es doch, dass von einem Arbeitsmangel hier keine Rede ist. Jeder, der arbeiten will, findet solche, bzw. jeder, der arbeiten kann, hat auch Arbeit“<sup>191</sup>. Die Notwendigkeit eines funktionsfähigen neutralen städtischen Arbeitsnachweises gerade angesichts der zunehmenden Arbeiterschaft in der Stadt wurde offensichtlich nicht erkannt oder auch infolge fehlenden sozialpolitischen Interesses<sup>192</sup> grundsätzlich bestritten.

Ebenfalls 1901, im Jahr der Eröffnung des Arbeitsamtes, nahm ein Gewerbebericht mit dem damaligen Rechtsrat Schön als Vorsitzenden und Beisitzern aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen die Arbeit auf.<sup>193</sup> Drei Jahre später folgte ein Kaufmannsgericht.

Wie in der gesamten Oberpfalz erreichte auch in dem mit vielfältigen sanitärhygienischen Defiziten belasteten Amberg die Säuglingssterblichkeit hohe Werte.<sup>194</sup> Im November 1908 eröffnete eine von einem Verein geführte Säuglingsberatungsstelle, der die Stadt unentgeltlich die Lokalitäten zur Verfügung stellte. Weitergehende Unterstützung durch die Stadtverwaltung erfolgte jedoch nicht. Die Stelle setzte sich zum Ziel, die natürliche Ernährung der Säuglinge an der Mutterbrust zu fördern, Stillprämien zu verteilen und die Milch für die Säuglinge zu überwachen. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Säuglingsfürsorge scheinen die hohen Sterberaten allmählich gesenkt zu haben, da 1910 mit 24,2 % (auf 100 Lebendgeborene) ein bisheriger Tiefstand erreicht werden konnte.

<sup>190</sup> Die geringe Vermittlungstätigkeit des nebenamtlichen Arbeitsnachweises in Amberg lag vor allem darin, daß die einlaufenden Stellengesuche fast immer an die Zentrale in Regensburg weiter geleitet wurden, also in Amberg selbst kaum bearbeitet worden waren.

<sup>191</sup> StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 5425 (Schreiben d. Magistrats an d. Regierung v. 2. 12. 1907).

<sup>192</sup> Nach Auffassung des Regensburger Arbeitsamtsvorsitzenden lag der „Grund der geringen Tätigkeit [des Amberger Amtes] nur in dem mangelnden Interesse für diese sozialpolitisch bedeutsame Angelegenheit und in der mangelhaften Behandlung desselben“, StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 5425 (Schreiben d. Magistrats Regensburg an Kreisregierung v. 5. 9. 1907 mit Gutachten des Vorsitzenden des Regensburger Arbeitsamtes Ditthorn).

<sup>193</sup> Vgl. Verwaltungsbericht 1902/03, S. 47.

<sup>194</sup> Vgl. dazu oben den Abschnitt zur Bevölkerungsentwicklung und StAAm Reg. d. Opf., K.d.I., Abgabe 1949, Nr. 6062 (Bericht über den Stand der Säuglingsfürsorge v. 15. 9. 1909, jährliche Übersichten über die staatlichen Zuschüsse für Fürsorgemaßnahmen).

